

bundessparte
**industrie
aktuell**

wissenschaftliches institut

2015 2



Sigi Menz

Engagierte Reformen als Mittel
gegen die Investitionszurückhaltung

Industrieforum

Wirtschaftspolitischer Reformbedarf
in Österreich

Industriekonjunktur aktuell

Im Überblick und nach Branchen

Bundessparte Industrie (BSI)

Die **Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich** vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von rund 4.000 Mitgliedsunternehmen, die schwerpunktmäßig der Industrie zuzuordnen sind. In der österreichischen Industrie sind rund 400.000 Personen beschäftigt.

Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliche Institut (IWI)

Das **Industriewissenschaftliche Institut (IWI)** setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Telefon: 05 90 900-3460

Telefax: 05 90 900-113417

Internet: <http://wko.at/industrie>, E-Mail: bsi@wko.at

Präsidium	Obmann	Mag. Siegfried Menz	Ottakringer Getränke AG
	Stellvertreter	KommR Veit Schmid-Schmidfelden Vizepräs. KommR DI Dr. Clemens Malina-Altzinger	Rupert Fertinger GmbH Reform-Werke Bauer & Co. Ges.m.b.H.
	kooptiert	Günter Dörflinger, MBA Dr. Paul Rübiger	Christof Holding AG Rübiger GmbH & Co KG
Geschäftsführer		Dr. Manfred Engelmann	



Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien

Telefon: 513 44 11-0

Telefax: 513 44 11-2099

Internet: <http://www.iwi.ac.at>, E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand	Vorsitzender	Hon.Prof. Dr. Wilfried Stadler	Wirtschaftsuniversität Wien
	Stellvertreter	Gen.Sekr. Mag. Anna Maria Hochhauser Gen.Sekr. Mag. Christoph Neumayer	Wirtschaftskammer Österreich Vereinigung der Österreichischen Industrie
		Mag. Markus Beyrer Dr. Wolfgang Damianisch Mag. Christian Domany Dr. Manfred Engelmann Dr. Erhard Fürst DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold DDr. Herwig W. Schneider	Business Europe Unternehmensberater Wirtschaftskammer Österreich Münze Österreich AG Industriewissenschaftliches Institut
Kuratorium	Vorsitzender	KommR Veit Schmid-Schmidfelden	Rupert Fertinger GmbH
	Stellvertreter	Prof. Herbert Krejci Dir. Mag. Dr. Johannes Turner	Österreichische Gesellschaft für Europapolitik Oesterreichische Nationalbank
Geschäftsführer		DDr. Herwig W. Schneider	
Wissenschaftlicher Leiter		Univ.Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčík	

industrie aktuell

inhalt

Herwig W. Schneider..... 2
Es sind traumhafte Zeiten ...

Sigi Menz..... 3
Engagierte Reformen als Mittel
gegen die Investitionszurückhaltung

Industrieforum

Wirtschaftspolitische Reformbedarf
in Österreich

Franz Buxbaum 6
Joseph Lorenz 7
Andreas Philipp..... 8
Christoph Schneider 9
Herwig W. Schneider 11
Ulrich Schuh 13
Wolfram Senger-Weiss 16
Thomas Wieser 18

Industriepolitik

Peter Luptacik 19
Die volkswirtschaftliche Bedeutung
der österreichischen
Luftverkehrswirtschaft

Monika Forstinger,
Christian Theuermann 21
Risikomanagement im Einkauf in
den TOP-500 Unternehmen in Österreich

Industriekonjunktur

Herwig W. Schneider 24
Die internationale Konjunktorentwicklung

Manfred Engelmann 26
Industriekonjunktur: Noch keine
Aufhellung in Sicht,
Nachfrage bleibt schwach

Industriekonjunktur nach Branchen

Gesamtindustrie..... 29
Bergwerke und Stahl 29
**Stein- und keramische
Industrie** 30
Glasiindustrie..... 30
Chemische Industrie 31
Papierindustrie 31
**PROPAK - Industrielle Hersteller von
Produkten aus Papier und Karton**..... 32
Bauindustrie 32
Holzindustrie 33
Lebensmittelindustrie 33
**Textil-, Bekleidungs-, Schuh-
und Lederindustrie**..... 34
Gießereindustrie 34
NE-Metallindustrie 35
Fahrzeugindustrie..... 35
Maschinen & Metallwaren 36
**Elektro- und
Elektronikindustrie** 36

Impressum

Herausgeber Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at
Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Tel.: +43 (0)5 90 900 3417, E-Mail bsi@wko.at

Medieninhaber Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4

Redaktion Christoph Hartmann (Chefredakteur), Michael Renelt

Satz und Layout CMS Vesely GmbH, A-2100 Korneuburg

Autoren Franz Buxbaum, Manfred Engelmann, Monika Forstinger, Joseph Lorenz, Peter Luptacik, Sigi Menz, Andreas Philipp, Christoph Schneider, Herwig W. Schneider, Ulrich Schuh, Christian Theuermann, Wolfram Senger-Weiss, Thomas Wieser
Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.

**Auskunft und
Bestellung** Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Druck AV+Astoria Druckzentrum GmbH, A-1030 Wien

Erscheinung Vierteljährlich

ISSN 1023-8387



Herwig W. Schneider

Es sind traumhafte Zeiten ...

... für Politiker, welchen ihr medialer Marktwert von größerer Bedeutung ist als die eigentliche gesellschaftliche Mission. Und für Krisenmanager, denen im Unterschied zur erstgenannten Gruppe der Blick über den Tellerrand zwar nicht ganz fremd ist, die aber de facto keine Macht haben. Beiden Gruppen geht in Zeiten wie diesen die Arbeit nicht aus. Ganz im Gegenteil: sie wird mit jedem Tag mehr. In diesem Land wird also doch neue Beschäftigung geschaffen.

Es sind nur ganz sicher **keine guten Zeiten** für jenen Teil unserer Volkswirtschaft, welcher die essentielle Grundlage für Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung erwirkt und für Leistung sowie Fortschritt steht. **Für die Unternehmen dieses Landes!**

Jahr für Jahr schwindet die Standortattraktivität Österreichs, Jahr für Jahr fallen wir hinter wichtige Konkurrenzstandorte zurück. Ja, es gibt so etwas wie positive und negative Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln.

„Was soll's? Das ist eben die Wirtschaftskrise“, meinen die einen. „Zahlen lügen doch immer“ (vor allem wenn sie gegen einen sprechen), meinen die anderen. „Uns geht's doch allen gut“. „Hören wir auf mit der Raunzerei“, „Die Unternehmen reden sich selbst Misserfolg herbei“, „Furchtbare Vernaderer, diese Wirtschaftsforscher“ etc. Viele üben sich also, noch freundlich zum Ausdruck gebracht, in einer **Vogel-Strauß-Strategie**.

Nur: Was ist die Konsequenz, wenn globale Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft negiert werden?

Tatsächlich ist es unser aller Verantwortung, der nächsten Generation mehr zu geben, als wir selbst vorgefunden haben. Das ist der **wahre Generationenvertrag**, der in einer modernen Gesellschaft als Leitlinie Bestand haben sollte. Das kann freilich nur dann funktionieren, wenn wir uns über unsere Stärken und Schwächen im Vergleich zu allen anderen dieser Welt im Klaren sind.

Wir sind derzeit auf dem besten Weg, unser ökonomisches Potenzial zu verspielen. Früher oder später werden es dann albtraumhafte Zeiten. Für jeden!

DDr. Herwig W. Schneider ist Geschäftsführer des Industriewissenschaftlichen Institutes (IWI) und Mit-herausgeber von „industrie aktuell“.

Sigi Menz



Engagierte Reformen als Mittel gegen die Investitionszurückhaltung

Investitionen der Unternehmen - insbesondere der Industrieunternehmen - waren in der Vergangenheit in Österreich immer ein maßgeblicher Träger des Wirtschaftswachstums. Eine intensive Investitionstätigkeit findet aber im gegenwärtigen Konjunkturzyklus nicht annähernd statt, Österreich ist folglich unter die Wachstumsschlusslichter in der Europäischen Union zurückgefallen.

Seit Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008/09 dümpelt die Investitionstätigkeit dahin: Im Jahr 2011 konnte zwar der Großteil des zuvor verzeichneten Einbruchs wieder aufgeholt werden, aber seither gab es keine nennenswerte Ausweitung der Bruttoanlageinvestitionen (siehe [Tabelle](#)).

Die [Wirtschaftsforscher](#) rechnen in jeder neuen Prognose mit dem Anspringen der Investitionstätigkeit. Sie müssen diese Hoffnung mit ebensolcher Regelmäßigkeit wieder begraben. Und bessern dann die Prognose betreffend die Investitionstätigkeit im Folgejahr in ungebrochenem Optimismus weiter nach. Resultat ist ein mittlerweile schon etwas peinliches Muster an [Fehlprognosen](#) (siehe ebenfalls [Tabelle](#)).

Begründet werden die unverdrossen optimistischen Einschätzungen der Investitionstätigkeit damit, dass nach so langer Zeit ohne Investitionsanstieg ein gewisser Rückstau bei Investitionen und dringende Ersatzinvestitionen anstehen. Tatsächlich zeigen die Detaildaten, dass seitens der Unternehmen relativ konsequent in Rationalisierungsmaßnahmen investiert wird und auch Ersatzinvestitionen getätigt werden. Aber die [Erweiterungsinvestitionen](#) bleiben aus, was einem massiven Misstrauensvotum gegen den Standort Österreich gleich kommt.

Investitionsalternativen

Bis vor relativ kurzer Zeit hatten heimische Unternehmen nicht viele Alternativen zu einer Investition in Österreich. Erst in den letzten zwei Jahrzehnten haben die österreichischen Unternehmen einen [Internationalisierungsschub](#) erlebt, der ihnen ermöglicht bei Neu- und Erweiterungsinvestitionen mehrere Alternativen gegeneinander abzuwägen. Dank der europäischen Integration und der zunehmenden Globalisierung stehen heute Unternehmen nicht mehr nur vor der Entscheidung, **ob** sie investieren, sondern können auch sehr genau wählen, **wo** sie investieren. Diese neue Wahlfreiheit scheint sich in den Modellen der Wirtschaftsforscher noch nicht hinreichend abzubilden.

Investitionsentscheidungen fallen immer häufiger [gegen](#) den Standort Österreich. Dies ist aus volkswirtschaftlichen Gründen äußerst bedauerlich, unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten aber oft die einzige Chance für ein Unternehmen seine globale Konkurrenzfähigkeit aufrecht zu erhalten und einen eingeschlagenen Wachstumskurs fortsetzen zu können.

Verschlechterte Standortbedingungen

Der Standort Österreich ist nicht grundsätzlich schlecht. Im Gegenteil, Standortvergleiche zeigen immer wieder wichtige Vorzüge und Stärken. Aber der Standort Österreich hat sich in den letzten Jahren in einzelnen, wichtigen Punkten konkret verschlechtert, er fällt gegenüber anderen Ländern - die in der Krise bewusst Verbesserungsmaßnahmen gesetzt haben - relativ zurück und bei den Entscheidungsträgern in den Unternehmen verfestigt sich der Eindruck eines Reformstaus in Österreich, ohne Hoffnung auf entsprechende politische Reformschritte.

Tabelle: Bruttoanlageinvestitionen in Österreich

Jahr	Δ in % Aktuelle Werte (a)	Δ in % Erstprognose (b)	Prognoseirrtum (Prozentpunkte)	Δ in % Höchstprognose (c)	Prognoseirrtum (Prozentpunkte)
2012	+ 0,5	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,2
2013	- 1,5	+ 1,5	+ 3,0	+ 2,0	+ 3,5
2014	+ 0,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 3,0	+ 2,6
2015	+ 0,5	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,1	+2,1

(a) Werte laut WIFO (Prognose) Juni 2015

(b) Die WIFO-Erstprognosen werden jeweils im Dezember des vorvergangenen Jahres publiziert (z.B. Erstprognose 2012 im Dezember 2010)

(c) Angegeben ist jeweils die höchste WIFO-Prognose des Anstiegs der Bruttoanlageinvestitionen

Ein Beispiel, wo alle drei Aspekte klar zu erkennen sind, ist der **Bereich der Arbeitskosten und des Arbeitseinsatzes**:

- ▣ Wie die statistischen Daten zweifelsfrei belegen, hat sich Österreichs Position bei den Arbeitskosten seit Ausbruch der Wirtschaftskrise deutlich verschlechtert. Dies ist insofern dramatisch, als die Arbeitskosten in Österreich bereits vor diesem Anstieg weit über dem EU-Durchschnitt lagen.
- ▣ In mehreren Ländern wurden Schritte gesetzt, um starre Arbeitszeitregelungen an die Anforderungen eines sich rascher verändernden Marktes anzupassen. Nicht so in Österreich, wo schon kleinste Veränderungswünsche nur im Gegenzug zu exorbitanten Kostensteigerungen möglich wären.
- ▣ Ein für alle Beteiligten sinnvoller Weg zur Senkung der Arbeitskosten wäre eine spürbare Reduktion der Lohnnebenkosten. Soll eine solche Senkung nicht durch neue Steuern und Abgaben gleich wieder aufgewogen werden, bedürfte es eines starken politischen Willens zu Sparsamkeit und Ausgabeneffizienz. Woran - angesichts der Erfahrung - erhebliche Zweifel bestehen.

Die **Problemfelder des Standorts Österreich** liegen seit Jahren auf dem Tisch, sie werden immer deutlicher. Ebenfalls seit Jahren auf dem Tisch liegen Reformvorschläge für eine Reihe von Schlüsselbereichen: Für eine Verwaltungsreform mit dem Ziel einer Reduktion der staatlichen Kosten, aber auch des betrieblichen Aufwands; für eine Umgestaltung des Steuerwesens, die über die jüngst als „Steuerreform“ verkaufte Tarifanpassung hinaus geht; für Maßnahmen zur Bildungsreform, damit diese wichtige Ressource in Österreich besser genützt wird. Die politische Untätigkeit schafft ein Klima der Resignation bei den Unternehmen. Die fehlende Zuversicht steht einer Ausweitung der Investitionen im Weg.

Industriepolitik in Österreich

Die Industrie nimmt in Österreich - wie in den meisten Volkswirtschaften - eine zentrale Rolle ein, wenn es um die Schaffung von Wertschöpfung geht, um Exporttätigkeit, um Innovation, um Beschäftigung und nicht zuletzt um Steuerleistung. Die Wirtschaftskrise 2008/09 hat in der Europäischen Union und in den USA dazu geführt, dass man die Bedeutung der Industrie wieder zu würdigen begonnen hat. Grund dafür war, dass in Ländern mit einem hohen Anteil an industrieller Wertschöpfung die Auswirkungen der Wirtschaftskrise vergleichsweise geringer ausgefallen sind. Österreich ist ein gutes Beispiel für jene Länder, die dank einer starken und diversifizierten Industrie den Höhepunkt der Krise relativ unbeschadet überstanden haben.

Während andere Länder begonnen haben **ihre industriepolitische Profile wieder zu schärfen**, muss die Industrie in Österreich erleben, dass das Verständnis für die Bedürfnisse der Industrie und industriefreundliche Umfeldbedingungen hierzulande immer mehr schwindet. In einem gemeinsamen Papier von ÖGB und Bundesarbeitskammer¹ findet sich mit Recht die Forderung nach einer **„positive(n) Grundhaltung der Politik und Gesellschaft gegenüber industrieller Produktion“**. Eine „industriepolitische Strategie für den Standort Österreich“, wie an anderer Stelle des Papiers gefordert, gibt es derzeit nicht. Und dieses politische Versäumnis, sei es aus Unverständnis oder Unvermögen, trägt zum Verlust der Standortqualität und zur Investitionszurückhaltung entscheidend bei.

Zukunftsfähigkeit

Im Detail teile ich natürlich nicht alle Punkte des Papiers - es enthält nach eigenem Bekunden die „Kernforderungen der ArbeitnehmerInnen“ -, aber es dokumentiert, dass die **Sorge über die industriepolitische Untätigkeit** in unserem Lande an Breite gewinnt. Und es zeigt, dass die von der Industrie seit geraumer Zeit immer wieder angesprochene Warnung vor der Verschlechterung der Qualität des Industriestandortes Österreich wohl begründet war und ist.

Politik und Arbeitnehmervertreter haben die zunehmenden Standortprobleme klein geredet, als sie „nur“ in den Standortrankings zu sehen waren. Die nun klar zutage tretenden Schwächen und Rückfälle in den makroökonomischen Zahlen (vom Wirtschaftswachstum über internationale Marktanteile bis hin zu Arbeitsmarktdaten) lassen nun endlich die **Alarmglocken** läuten. Spät, aber doch. Zu hoffen ist, dass nun auch die Politik reagiert und für entscheidende Reformschritte sorgt, die die Zukunftsfähigkeit des Industriestandortes Österreich unterstützen und damit Wertschöpfung, Einkommen und Wohlstand in Österreich absichern helfen. Mit **engagierten Reformen** läuft die Politik zweifellos Gefahr, einige (mitunter lautstarke) Wählergruppen vorübergehend zu verschrecken. Ohne Reformen werden aber langfristig alle verschreckt, und ein kaum abschätzbarer Schaden - politisch wie wirtschaftlich - angerichtet.

1 **Österreichischer Gewerkschaftsbund und Bundesarbeitskammer: „Industriepolitik für Beschäftigung und langfristigen Wohlstand“, Juni 2015**

Wirtschaftspolitische Reformbedarf in Österreich

Franz Buxbaum
Joseph Lorenz
Andreas Philipp
Christoph Schneider
Herwig W. Schneider
Ulrich Schuh
Wolfram Senger-Weiss
Thomas Wieser

Der Wirtschaftsstandort Österreich ist hinsichtlich vieler Kriterien ins europäische Mittelmaß abgerutscht. Ein Platz im Mittelfeld der europäischen Länder - die ihrerseits im globalen Maßstab hinsichtlich Wachstumsdynamik, Strukturveränderung und Governance einen nicht unerheblichen Aufholbedarf haben - ist zweifellos zu wenig, um die Ansprüche eines führenden Industriestandortes und damit auch eine Spitzenposition hinsichtlich Einkommen und Lebensqualität in Österreich dauerhaft abzusichern. In der vorliegenden Ausgabe von „industri aktuell“ wird einerseits eine umfangreiche Bestandsaufnahme der aktuellen Lage aus unterschiedlichen Gesichtspunkten und Erfahrungshintergründen vorgenommen, andererseits werden konkrete Ansätze für Reformen angeführt.

Strukturreformen in der öffentlichen Verwaltung als Basis für Steuerentlastungen sowie eine maßvolle Umwelt- und Energiepolitik werden von DI Franz **Buxbaum**, COO der RHI AG, als zentrale Anliegen genannt. Darüber hinaus sei die Förderung einer industriefreundlicheren Gesinnung in Österreich notwendig.

KommR. Joseph **Lorenz**, Eigentümer und Aufsichtsratsvorsitzender der LORENZ Shoe Group AG und Präsident der Österreichischen Schuhindustrie, bezeichnet die mangelnde Flexibilität bei Arbeitszeiten als zentrales Problem in Österreich; wichtig sei auch eine Senkung der Steuerquote und der Lohnnebenkosten.

Die Überbürokratisierung ist für Dr. Andreas **Philipp**, Geschäftsführer Österreich, Deutschland und Italien der Salesianer Miettex Gruppe, zentraler Hemmschuh unternehmerischer Tätigkeit in Österreich; die öffentliche Verwaltung sollte mit dem Ziel der Einfachheit und Schnelligkeit optimiert werden.

Dr. Christoph **Schneider**, Leiter der Stabsabteilung Wirtschaftspolitik in der Wirtschaftskammer Österreich, bespricht in seinem Beitrag Möglichkeiten der Messung der Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften und zeigt die rückläufige Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreich.

Standortrankings sind ein beachtenswerter Frühindikator von Veränderungen. Da sie in Österreich ignoriert wurden, leidet das Land nun - wie DDR. Herwig W. **Schneider**, Leiter des Industriewissenschaftlichen Instituts (IWI), zeigt - an deutlich verschlechterten ökonomischen Eckdaten.

In welchen Bereichen Österreich an Standortqualität verloren hat, wird vom EcoAustria Vorstand Dr. Ulrich **Schuh** ausführlich analysiert; aus dieser Analyse ergibt sich, auf welche Handlungsfelder Österreich im Zuge einer offensiven Standortstrategie künftig vor allem setzen sollte.

Mag. Wolfram **Senger-Weiss**, Mitglied des Vorstandes des Logistikunternehmens Gebrüder Weiss und Präsidenten des Zentralverband Spedition & Logistik, zeigt die Bedeutung der Logistik als Wettbewerbsfaktor und nennt Maßnahmen, um Österreich zu einem Top-Logistik Standort werden zu lassen.

Auf die Ineffizienz der österreichischen Verwaltung verweist Mag. Thomas **Wieser**, Präsident der Euro Working Group und Leiter des „Weisenrates“ (Beratungsgremium zur österreichischen Steuerreform); er nennt konkrete budgetäre Einsparungsmöglichkeiten, aber auch Felder notwendiger Investitionen.



Franz Buxbaum

„Industriefreundlichere Gesinnung fördern“

Interview mit DI Franz Buxbaum, COO der RHI AG. RHI ist ein Weltmarktführer bei Feuerfestprodukten und -services für industrielle Hochtemperaturprozesse. Die Unternehmensgruppe verfügt über Produktionsstandorte in 32 Ländern in Europa, Nord- und Südamerika, China sowie Indien und beschäftigt insgesamt rund 8.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Welche generellen Stärken und Schwächen sehen Sie beim Standort Österreich?

Franz Buxbaum: Im Vergleich zu vielen anderen Ländern liegen die Stärken des Standortes Österreich in hoher Lebensqualität, (noch) sozialem Frieden und einem weitgehend guten Ausbildungssystem. Was den Standort Österreich in seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit zunehmend bremst, sind eine überbordende Bürokratie, zu hohe Abgaben und Steuern und vor allem aus Sicht der Industrie ein fast erdrückendes Ausmaß an Auflagen und Regulativen. In den Krisenjahren der jüngeren Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Länder mit einem hohem Industrieanteil ihre Probleme besser meistern konnten als Länder mit geringer industrieller Basis. In England gab es beispielsweise kaum mehr Industrie, heute bemüht man sich, diese unter großen Anstrengungen wieder anzusiedeln. Ich würde mir daher wünschen, dass eine industriefreundlichere Gesinnung in Österreich mehr gefördert wird.

Welche wirtschaftspolitischen Reformen sind notwendig, um die Standortattraktivität Österreichs zu erhöhen und damit Industrieinvestitionen wieder anzukurbeln?

Franz Buxbaum: Laut einer Studie sichert die Industrie in Österreich 73 % der gesamten Produktion, 60 % der gesamten Wertschöpfung und 58 % aller Arbeitsplätze. Daran erkennt man unschwer die Bedeutung der Industrie für unser Land. Die Politik muss daher für entsprechende Rahmenbedingungen sorgen, damit der Standort für die Industrie attraktiv bleibt. Industrielle Produktion bedeutet Wohlstand, Arbeitsplätze, Forschung und Entwicklung. Unabdingbar ist die Durchführung einer echten Strukturreform im Bereich der öffentlichen Verwaltung, da diese die Basis für eine künftige Steuerentlastung bildet. Aber auch eine maßvolle Umwelt- und Energiepolitik - sowohl

auf nationaler als auch EU-Ebene - ist notwendig, um die Industrie künftig am Standort Österreich halten zu können.

In welche Richtung sollte sich die Energie- und Umweltpolitik der EU entwickeln?

Franz Buxbaum: Die EU hat ambitionierte Zielsetzungen in der Umwelt- und Klimapolitik und das ist gut so. Wir müssen uns aber vor Augen halten, dass Europa alleine das Weltklima nicht retten wird. Die EU verursacht heute nur 9 % der weltweiten Emissionen, erwirtschaftet aber 20 % des globalen BIP und erbringt 50 % der weltweiten Sozialleistungen. Um international fairen Wettbewerb zu gewährleisten, müssen sich alle relevanten Volkswirtschaften zu ehrgeizigen Zielen verpflichten, vor allem China und die USA. Das wird meiner Meinung nach auch eine der wesentlichsten Aufgaben bei der UN-Klimakonferenz in Paris Ende 2015. Darüber hinaus muss die EU über eine Neuaufstellung des Emissionshandels nachdenken. In der öffentlichen Wahrnehmung wird der falsche Eindruck erweckt, dass ein Unternehmen wie RHI unter dem Carbon Leakage-Regime von einer 100 % freien Zertifikate-Zuteilung profitiert. Faktum ist jedoch, dass RHI für das Jahr 2020 von einer Unterallokation von mindestens 22 % ausgeht, bis 2030 wird diese auf etwa 45 % des Zertifikate-Bedarfs ansteigen. Hauptverantwortlich ist dafür der Reduktions- und Korrekturfaktor. Dadurch würden sich unsere Produktionskosten um etwa 15 % erhöhen. Die energieintensive Industrie, die international im Wettbewerb steht, muss tatsächlich 100 % freie Zuteilung erhalten.

Der österreichischen Politik wird mitunter vorgeworfen, energie- und umweltpolitische Vorgaben der EU in der Umsetzung noch zu verschärfen („golden plating“). Stimmen Sie dieser Kritik zu?

Franz Buxbaum: Ja, aber der Kardinalfehler ist schon vor vielen Jahren bei den Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll passiert, als sich Österreich etwas zu weit hinausgelehnt hat. Dadurch leidet die Industrie heute unter einigen bürokratisch sehr aufwändigen Umsetzungen, wie etwa der REACH-Verordnung, dem Energieeffizienzgesetz oder dem Emissionshandelssystem (ETS), das hauptsächlich den Zertifizierern nutzt, aber kaum der Umwelt.

Als COO sind Sie mit einer möglichst effizienten Gestaltung von Betriebsprozessen befasst. Von welchen Strategien, Maßnahmen und Methoden der Industrie könnte der Staat bei der Steigerung der Effizienz in der Verwaltung lernen?

Franz Buxbaum: Würden wir in der Privatwirtschaft nur annähernd ähnlich agieren wie der öffentliche Sektor, wären wir schon längst bankrott. Es gibt ausreichend Ideen und Vorschläge - sei es vom Rechnungshof oder beispielsweise vom Österreich-Konvent - wie öffentliche Mittel effizienter eingesetzt werden könnten. Das Wichtigste, das sich der Staat bei der Effizienzsteigerung von der Industrie „abschauen“ kann, ist, die reichlich vorhandenen Vorschläge und Ideen endlich umzusetzen. Und zwar ohne ständige Rücksichtnahme auf Macht- und sonstige Interessen.

Ist es mit einer Effizienzsteigerung alleine schon getan?

Franz Buxbaum: Ich beobachte in der österreichischen Gesellschaft eine zunehmende Spaltung zwischen jenen, die das System finanzieren, und jenen, die Nutznießer der Umverteilung sind. Diese Spaltung wird durch die Neiddebatte geschürt und der fehlende Reformwille tut das Übrige, um das Vertrauen in die Zukunft zu untergraben. Es wäre höchst an der Zeit, von jedem Einzelnen mehr Eigenverantwortung für sein persönliches Wohlergehen einzufordern. Die damit einhergehende generelle Stärkung der Leistungsbereitschaft würde auch eine industriefreundlichere Gesinnung in unserem Land fördern.

Joseph Lorenz



„Rasche Flexibilisierung der Arbeitszeit für Österreichs Wettbewerbsfähigkeit wichtig“

Interview mit KommR. Joseph Lorenz, Eigentümer und Aufsichtsratsvorsitzender der LORENZ Shoe Group AG und Präsident der Österreichischen Schuhindustrie. Die LORENZ Shoe Group AG ist in mehr als 40 Ländern präsent und erwirtschaftet mit den Qualitätsschuhmarken HÖGL, GANTER und HASSIA einen Umsatz von annähernd 100 Millionen Euro; die Exportquote liegt bei über 90 %.

Exportquoten von über 90 % erfordern ein Höchstmaß an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Welche generellen Stärken und Schwächen sehen Sie beim Standort Österreich?

Joseph Lorenz: Die Stärken sind zweifelsohne das hohe österreichische Fertigungs-Know-how und die verlässlichen Mitarbeiter in unserem Land. Eine besondere Schwäche ist die mangelnde Flexibilität bei Arbeitszeiten, dabei ist ein hohes Maß an Flexibilität für viele Unternehmen existenznotwendig. Diese Schwäche hat in den letzten zwei Jahrzehnte maßgeblich zur Auslandsverlagerung der Produktionen beigetragen. Weitere Problembereiche in Österreich sind die hohe Steuerquote und zu hohe Lohnnebenkosten.

Welche (wirtschafts)politischen Reformen sind notwendig, um die Standortattraktivität zu erhöhen und damit Industrieinvestitionen in Österreich wieder anzukurbeln?

Joseph Lorenz: Abgesehen von der Beseitigung der genannten Schwächen müsste es zu einer einschneidenden Verwaltungsreform mit dem klaren Ziel des Bürokratieabbaus kommen. Kontraproduktiv für Investitionen am Standort Österreich sind auch die häufigen Veränderungen - im Sinne von Verschlechterungen - im Steuerrecht und insbesondere auch bei den Stiftungsregeln.

Welche Bedeutung hätte die von Ihnen bereits angesprochene Flexibilisierung der Arbeitszeit für Ihr Unternehmen bzw. Ihre Branche?

Joseph Lorenz: Für unseren Produktionsbereich käme eine Flexibilisierung mittlerweile zu spät, aber für die in Österreich vorhandenen Unternehmensbereiche - wie beispielsweise Logistik oder Vertrieb - wäre eine Erweiterung der täglichen beziehungsweise wöchentlichen Arbeitszeiten und eine Flexibilisierung sehr wichtig. Eine Lösung auf Kollektivvertragsebene ist seit Jahren aufgrund der Haltung der Gewerkschaft nicht möglich und muss meines Erachtens gesetzlich von der Regierung umgesetzt werden, damit es nicht auch noch für andere Unternehmensbereiche und für andere Branchen zu spät wird.

Berührt die in Österreich oft besonders weitreichende und mitunter besonders verwaltungsintensive Umsetzung

der europäischen Energie- und Umweltpolitik auch Ihre Branche?

Joseph Lorenz: Dieses Thema ist für unsere Branche nicht so bedeutungsvoll. Ich bin aber der Überzeugung, dass für viele Unternehmen in Österreich die Wettbewerbsgleichheit innerhalb Europas von wesentlicher Bedeutung ist. Wir müssen nicht immer vorauseilenden Gehorsam leisten und eine Musterschülerposition einnehmen.

In welchen Bereichen sehen Sie Möglichkeiten die Staatsausgaben zu reduzieren, um mittelfristig zu einer substantiellen Senkung der Steuer- und Abgabenlast zu gelangen?

Joseph Lorenz: Die bereits genannten Punkte „Verwaltungsreform“ und „Bürokratieabbau“ würden nicht nur den österreichischen Unternehmen viele Mühen ersparen, sondern auch die rasch wachsenden Staatsausgaben eindämmen helfen. Ein wesentlicher Punkt

ist dabei die Neuregelung von Zuständigkeiten und dabei insbesondere die Föderalismusreform. Selbstverständlich ist zur Eindämmung der Kosten auch eine Reform des Pensionssystems notwendig.

Von welchen Strategien, Maßnahmen und Methoden der Industrie könnte der Staat bei der Steigerung der Effizienz der Verwaltung lernen?

Joseph Lorenz: Eine wesentliche Voraussetzung erfolgreicher unternehmerischer Tätigkeit ist die klare Regelung von Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten; davon könnte die öffentliche Verwaltung lernen, denn diese klare Regelung fehlt vielfach zwischen Bund, Länder und Gemeinden beziehungsweise auch zwischen verschiedenen Ministerien. Lernen könnte die Verwaltung auch von den Methoden des Projektmanagements, indem Projekte in verschiedenen Bereichen klar definiert und mit einem Zeit- und Umsetzungsplan abgearbeitet werden.



Andreas Philipp

„Überbürokratisierung lähmt die unternehmerische Tätigkeit“

Interview mit Dr. Andreas Philipp, Geschäftsführer Österreich, Deutschland und Italien der Salesianer Miettext Gruppe. Salesianer Miettext ist Anbieter von Miettextil-Lösungen und als solcher Marktführer in Österreich und unter den führenden Anbietern in Europa. Die Unternehmensgruppe verfügt über rund 2.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in neun Ländern.

Welche generellen Stärken und Schwächen sehen Sie beim Standort Österreich?

Andreas Philipp: Zu den Stärken des Standorts Österreich zählen sicherlich die zentrale Lage in Europa und die ausgezeichnet entwickelte Infrastruktur. Auf jeden Fall hervorzuheben ist auch, dass Unternehmen in Österreich bestens qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorfinden. Eine Belastung für Unternehmen in Österreich sind hingegen die schwerfällige Bürokratie und überbordende behördliche Auflagen, die die unternehmerische Tätigkeit zu lähmen drohen.

Welche (wirtschafts)politischen Reformen sind notwendig, um die Standortattraktivität zu erhöhen und damit Industrieinvestitionen wieder anzukurbeln?

Andreas Philipp: Die angesprochene Überbürokratisierung muss abgebaut werden, was grundsätzlich sowohl den Unternehmen als auch den angespannten Staatsfinanzen zugutekommen sollte. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Entlastung des Faktors Arbeit, durch eine spürbare Senkung der Lohnnebenkosten. Gewisse Sorge bereitet mir auch, dass der österreichische Vorsprung im Bereich Mitarbeiterqualifikation verloren gehen könnte: Daher muss auf eine entsprechend zukunftsorientierte Ausbildung geachtet werden.

Bürokratische Belastungen erwachsen vielfach aus einer in Österreich oft besonders weitreichenden und verwaltungsintensiven Umsetzung der europäischen Vorgaben in der Energie- und Umweltpolitik. Berührt dies auch Ihr Unternehmen?

Andreas Philipp: Das berührt ganz klar auch unser Unternehmen und generell das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft: die Klein- und Mittelbetriebe. Diese müssen einen großen Aufwand betreiben, um alle Anforderungen und Kontrollmechanismen erfüllen zu können. Dieser Aufwand stellt nicht nur eine personelle und finanzielle Mehrbelastung dar, sondern lenkt vor allem auch vom Geschäftszweck - dem produktiven Schaffen und der innovativen Weiterentwicklung - zunehmend ab.

Sie haben die Senkung der Lohnnebenkosten angesprochen: Welche Bedeutung hätten diese Maßnahmen für Ihr Unternehmen?

Andreas Philipp: Die Personalkosten sind bei uns der größte Kostenblock, da wir in einem personalintensiven Bereich arbeiten. Wir bekennen uns zu einer ordentlichen Entlohnung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, da diese ja auch unser Produkt - beziehungsweise unsere Dienstleistung - in hervorragender Weise erbringen. Allerdings führen die hohen Lohnnebenkosten dazu, dass wir an der Grenze des Machbaren angelangt sind. Oder besser gesagt: Wir haben diese Grenze bereits überschritten; wenn nicht gegengesteuert wird, drohen Verlagerungen ins Ausland.

Die österreichischen Bundesländer haben jüngst eine Initiative zur Ausweitung der LKW-Maut auf alle Straßen gestartet. Was würde diese Maßnahme für den Standort Österreich - bzw. konkret Ihr Unternehmen - bedeuten?

Andreas Philipp: Ein wesentlicher Teil unserer Leistungserbringung ist die ausgefeilte Logistik. Obwohl wir in Österreich um auch räumliche Kundennähe bemüht sind und dreizehn Produktionsstandorte haben, legen unsere Lieferfahrzeuge dennoch rund sechs Millionen Kilometer pro Jahr zurück. Jede zusätzliche Belastung dieser Logistikleistung erschwert unser Leben am Standort Österreich dramatisch.

Von welchen Strategien, Maßnahmen und Methoden der Industrie könnte der Staat bei der Steigerung der Effizienz der Verwaltung lernen?

Andreas Philipp: Für Unternehmen ist es selbstverständlich, dass Regelungen einfach, klar und einhaltbar sein müssen. Auch der Staat sollte die Verwaltung in diese Richtung hin ausrichten, konkret durch eine Durchforstung des Paragrafenschungels, eine Streichung redundanter Auflagen und einer Optimierung in Richtung Einfachheit und Schnelligkeit.

Christoph Schneider



Wie steht es um den Wirtschaftsstandort Österreich?

Österreich ist ein wohlhabendes Land und liegt innerhalb der EU hinsichtlich der Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung (BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards) auf dem fünften Rang. Die österreichischen Unternehmen sind dynamisch, innovativ und stark exportorientiert, der Anteil der Industrie ist relativ hoch. Das Land ist gekennzeichnet durch hohe Lebensqualität, Gesundheits- und Umweltstandards und einer nach wie vor - trotz zuletzt steigender Arbeitslosigkeit - hohen Beschäftigung. Auf den ersten Blick notwendige Voraussetzungen für einen erfolgreichen Standort.

Allerdings zeigt eine genauere Betrachtung, dass einige Schwachstellen bestehen. Diese betreffen beispielsweise die Wachstumsrate, die nunmehr das vierte Jahr in Folge unter einem Prozent liegen wird,

womit Österreich im Jahr 2014 seinen Wachstumsvorsprung gegenüber der EU verloren hat und sich hinsichtlich der Wachstumsaussichten nur mehr im hinteren Drittel der EU befindet. Problemfelder sind die schwächelnden Investitionen, die hohe Steuer- und Abgabenlast, eine für das Unternehmertum hinderliche Bürokratie, das langsame Reformtempo in Bereichen wie Pensionen, Arbeitsmarkt, Verwaltung oder Bildung sowie verbesserungswürdige Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen. Zusätzlich schränkt die hohe Verschuldung von 85 % des BIP den wirtschaftlichen Handlungsspielraum der Regierung extrem ein. Diese Punkte haben dazu geführt, dass Österreichs Entwicklung bei Standortqualität und Wettbewerbsfähigkeit in den vergangenen Jahren negativ war.

Wettbewerbsfähigkeit messen

Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit sind entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes. Daher sind Instrumente zur Messung der Wettbewerbsfähigkeit von besonderem Interesse für die Wirtschaftspolitik. Ein breiter Ansatz, der eine Vielzahl von Daten in der Analyse berücksichtigt (z.B. Rankings, Indikatoren, „harte“ Makrodaten oder Umfrageergebnisse), ist sinnvoll, um ein umfassendes Bild der Stärken und Schwächen Österreichs zu bekommen und die Performance sowie Entwicklung über die Zeit und im Vergleich zu anderen Ländern herauslesen zu können. Einzelne Daten, Rankings oder Umfragen sind begrenzt aussagekräftig, aber eine aggregierte Betrachtung mit Daten aus unterschiedlichen Quellen und im Zeitverlauf bietet ein aussagekräftiges Bild der aktuellen Situation und der Herausforderungen, vor denen der Wirtschaftsstandort steht.

Im Bemühen, die Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zu messen, erstellt die Stabsabteilung Wirtschaftspolitik der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) zwei relevante Instrumente: den **Standort Check**, welcher in einer Kurzanalyse anhand von zwölf makroökonomischen Schlüsselindikatoren Österreichs Rang im Vergleich mit den anderen Staaten der EU darstellt, sowie den **Monitoring Report**, der anhand von insgesamt 180 internationalen und nationalen Rankings und Indikatoren ein umfassendes Bild des Wirtschaftsstandortes bietet und als Vergleichsinstrument sowie Entscheidungsgrundlage für wirtschaftspolitische Maßnahmen dient, die bezwecken sollen, die Qualität des Standorts in Zukunft zu verbessern.

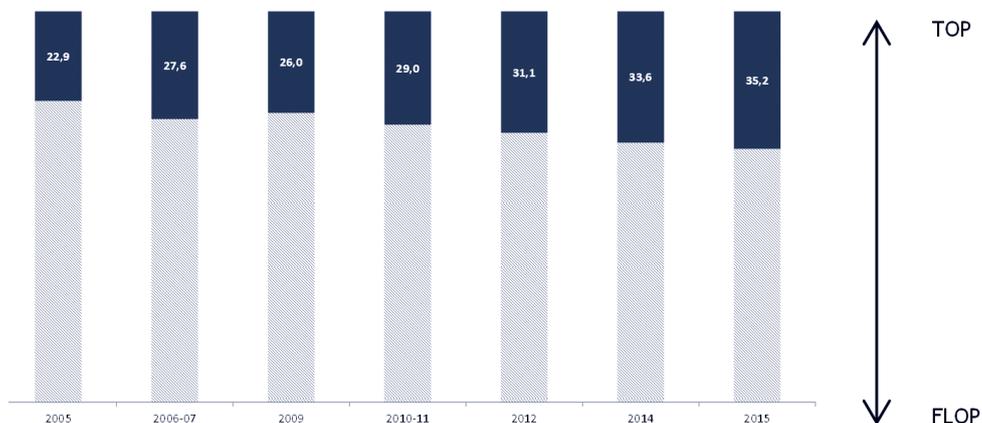
Österreich im internationalen Vergleich

Aus dem **Standort Check** wird ersichtlich, dass Österreich bei ausgewählten Makro-Indikatoren an oder nahe der Spitze lag, sich mittlerweile aber eher dem Mittelfeld nähert, wodurch großes Aufwärtspotenzial nach oben besteht.

Anhand eines aggregierten „Monitoring Report Index“ („MRI“) wird im **Monitoring Report** berechnet, wo Österreich im internationalen Vergleich steht (d.h. der Index berechnet Österreichs „durchschnittlichen Abstand zu den Ranking-Leader“). Laut „MRI 2015“ liegt Österreich im Jahr 2015 im Schnitt unter den besten 35,2 % der bewerteten Länder (Stand Juni 2015). Somit liegen zwar knapp 65 % der Standorte hinter Österreich, jedoch mehr als 1/3 der Standorte vor Österreich. 2014 lag der Index noch bei 33,6 %, was im Jahresvergleich 2015 und 2014 einer Verschlechterung der Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit entspricht. Rückwirkend betrachtet hat sich der aggregierte MRI in den vergangenen Jahren erheblich nach unten bewegt (siehe **Grafik**).

In den einzelnen der insgesamt zehn Themenbereiche des Reports schneidet Österreich unterschiedlich ab. Im Jahresvergleich 2014 und 2015 gab es lediglich in den Bereichen „Umwelt & Nachhaltigkeit“, „Investitionen & Finanzmarkt“ sowie bei „Lebensqualität & Entwicklung“ (Österreichs bester Bereich) eine Verbesserung der Performance. Bei „Bildung & Wissenschaft“ gab es keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Bei den restlichen sechs Themenbereichen kam es durchwegs zu Verschlechterungen, die größten bei „Wettbewerbsfähigkeit“ (-6,6 Prozentpunkte), bei

Monitoring Report Index



Quelle: Monitoring Report 2015, upcoming (WKÖ, Stabsabteilung Wirtschaftspolitik)

„Regulierung & Reformen“ (-3,5) sowie bei „Arbeitsmarkt“ (-3,4).

Die Verschlechterung bei „Wettbewerbsfähigkeit“ widerspiegelt sich auch in der Entwicklung bei einzelnen Rankings, wie z.B. dem „World Competitiveness Scoreboard“ des IMD, wo Österreich 2015 vier Plätze verloren hat (26. Platz von 61 Ländern) oder dem „Global Competitiveness Index“ des Weltwirtschaftsforums, wo Österreich 2014/2015 vom 16. auf den 21. Platz zurückgefallen ist. Der Themenbereich „Arbeitsmarkt“ (Österreichs schlechtester Bereich) zeigt beispielsweise: Mehr als die Hälfte der Standorte wird hier besser eingestuft als Österreich. Gründe hierfür liegen - trotz der hohen Beschäftigung, der dualen Ausbildung oder der Arbeitslosenraten - u.a. beim Pensionsantrittsalter, bei der Arbeitsmarktregulierung, den Lohnnebenkosten, der Steuerbelastung oder dem zunehmenden Fachkräftemangel.

Dr. Christoph Schneider ist Leiter der Stabsabteilung Wirtschaftspolitik in der Wirtschaftskammer Österreich.

Rückschlüsse für Österreich?

Der **Standort Check** und der **Monitoring Report** als umfassende Benchmarking-Instrumente zeigen, dass Österreich gesamt gesehen in einigen Bereichen gut aufgestellt ist. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass Verbesserungspotenziale vorhanden sind und Handlungsbedarf auf mehreren Ebenen besteht. Ziel muss sein, dass Österreich in Zukunft wieder TOP-Platzierungen einnimmt. Dahingehend formuliert die WKÖ ein **mittelfristiges Programm** und in **Jahres-Agenden** die interessenpolitischen Schwerpunkte zur Unterstützung des Unternehmertums und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Folgende Themenfelder und Zukunftsprojekte sind aus Sicht der WKÖ zentral zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen am Standort Österreich.

- **Wachstum und Unternehmertum:** Gezielte Anreize für Investitionen; Internationalisierung; Forschung und Entwicklung, Innovation und Gründung
- **Fachkräfte und Bildung:** Flexibilisierung am Arbeitsmarkt; Arbeitskräftepotenziale besser ausschöpfen; Bildung am Bedarf der Wirtschaft ausrichten
- **Bürokratieabbau und Entlastung:** Weniger Abgaben; weniger Bürokratie im Unternehmeralltag; Rechtsrahmen gestalten
- **Standort und Systeme:** Strategische Standortentwicklung; nachhaltige Sozialsysteme; mehr Effizienz in Staat und Verwaltung

Herwig W. Schneider



© presstext.at

Was uns Standortrankings verraten...

Standortrankings werden immer schon mit einer starken Prise Skepsis betrachtet. Mit gutem Recht, denn ein gewaltiges Konvolut an Daten und ein präzises Ergebnis sind noch nicht ein ausreichender Beleg für methodische Zuverlässigkeit. Das Beispiel Österreich zeigt aber, dass Standortrankings - insbesondere wenn in einer Mehrzahl und über einen längeren Zeitraum betrachtet - in ihrer Funktion als Frühindikatoren nicht unterschätzt werden dürfen.

Die österreichischen Wirtschaftsdaten sind im europäischen Vergleich deutlich zurückgefallen - auch wenn dies mitunter Verantwortungsträger in der Politik nicht wahrhaben wollen. Um die teilweise leicht zeitversetzt einsetzende Wirtschaftskrise zu bereinigen, werden in den folgenden Punkten die Daten von 2015 mit dem Durchschnittswert der Jahre 2006 bis 2008 verglichen:

- Im Durchschnitt 2006/08 lag das **reale Wirtschaftswachstum** in Österreich einen halben Prozentpunkt über jenem des EU-Durchschnitts. Im Jahr 2015 dürfte Österreich um einen Prozentpunkt unter dem EU-Durchschnitt bleiben, als dreiundzwanzigstes der 28 EU-Mitgliedsländer.
- Die **Arbeitslosigkeit** in Österreich liegt zwar gegenwärtig nahe jenen 60 % des EU-Durchschnitts, die sie auch vor der Krise betragen hat; aber während in der EU die Arbeitslosenrate seit 2013 rückläufig ist, steigt sie in Österreich weiter an.
- Die **Inflationsrate** lag vor der Krise in Österreich im Jahresdurchschnitt einen knappen halben Prozentpunkt unter dem EU-Durchschnitt und dürfte im laufenden Jahr um 0,7 Prozentpunkte darüber liegen - was den (geteilten) letzten Platz im EU-Ranking bedeutet.

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
IMD World Competitiveness Index	14	16	14	18	21	23	22	26
WEF Global Competitiveness Index	14	17	18	19	16	16	21	x
INSEAD Global Innovation Index	15	15	21	19	22	23	20	x

X = noch nicht publiziert

- ▣ Der **Leistungsbilanzüberschuss** der Jahre 2006/08 (von durchschnittlich 3,6 % des BIP) hat Österreich als eine der konkurrenzfähigsten EU-Volkswirtschaften ausgewiesen; die EU insgesamt hatte in diesem Zeitraum ein jährliches Defizit von rund 0,7 %. Während sich der österreichische Überschuss um ein Drittel reduziert hat, erwirtschaftet die EU (28) im laufenden Jahr einen Überschuss von 1,9 % des BIP - und hat somit deutlich aufgeholt.
- ▣ Die **Abgabenquote** in Österreich hat sich gegenüber den Jahren vor der Krise um weitere zwei Prozentpunkte (auf 44,0 % im Jahr 2015) erhöht; damit übertrifft Österreich den EU-Durchschnitt um satte vier Prozentpunkte, nur fünf EU-Länder haben noch höhere Abgabenquoten.
- ▣ Trotz hoher Abgabenquote hat Österreich hohe, **negative Budgetsalden**: mit -2,0 % (2015) wird der EU-Durchschnitt (-2,5 %) fast erreicht. Die Budgetsalden haben sich im EU-Durchschnitt seit dem Höhepunkt der Krise (2009) um rund einen Prozentpunkt stärker verbessert als in Österreich.

Die seit Jahren mantraartig wiederholte Formel, die „hard facts“ in Österreich seien weit besser als die Standortrankings, erweisen sich anhand der Daten aus 2014 und den schon relativ fundierten Prognosen für 2015 als reines Wunschdenken. Kein Wunder, dass als letzte Verteidigungslinie der unveränderte Rang Österreichs hinsichtlich des BIP pro Kopf (Rang 5 in der EU) angeführt wird: Aufgrund des statistischen Basiseffekts ändert sich dieses Ranking nur sehr langsam; bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass von den fünf PIIGS (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien - den von der Wirtschaftskrise meistbetroffenen Ländern) nur Griechenland in der Wirtschaftskrise eine Verschiebung seiner Position im Ranking nach BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten hinnehmen musste.

Die „hard facts“ weisen nunmehr aus, was die Rankings in den letzten Jahren zunehmend gezeigt haben: **Österreich verliert seine sehr günstige Position und rutscht in das europäische Mittelfeld ab.**

Die hier beispielhaft angeführten Rankings sind nur eine kleine Auswahl aus jenen Dutzenden Aufstellungen, die jährlich publiziert werden¹. Überraschend an den Rankings - und nicht nur an den hier ausgewählten - ist, dass sie eine Verschlechterung der Standort-

voraussetzungen in Österreich angezeigt haben, als diese aus diversen makroökonomischen Daten noch nicht (oder jedenfalls nicht in der jetzt feststellbaren Breite) ablesbar waren.

Daraus lässt sich schließen, dass die Methodik der Rankings, einen gewichtigen Teil der Festlegung auf **Experteninterviews** abzustützen, außerordentlich erfolgreich war und ist. Damit konnte im Markt **dezentral vorhandenes Wissen über Veränderungen der Standortqualität** weit rascher erkannt werden, als dies die schwerfälligen Wirtschaftsstatistiken abbilden können.

Die verächtliche Kritik, die Rankings transportierten nur „**subjektive Managerbefindlichkeiten**“, zeigen ein fundamentales Missverständnis betreffend die Funktionsweise einer Volkswirtschaft: Denn dieselben „subjektiven Managerbefindlichkeiten“ sind letztlich auch dafür entscheidend, ob an einem Standort investiert wird. Und in dieser Entscheidungsfindung spielen „hard facts“ eine wesentliche Rolle, aber das Vertrauen in die Fähigkeiten einer Regierung - um ein konkretes Beispiel zu nennen - ist nicht weniger wichtig: Denn eine aus dem Ruder laufende Finanzierungslage des Staates kann zu einer Neustrukturierung der Staatsaufgaben und Staatsausgaben führen, oder zu einer höheren Besteuerung. Wenn die „subjektive Managerbefindlichkeit“ auf Basis der Erfahrung der Vergangenheit von der erstgenannten Reaktion ausgeht, wird es zur Investition kommen, in letzterem Fall hingegen nicht.

Daraus folgt: Man muss die Standortrankings nicht nur als vorlaufende Indikatoren ernst nehmen, sondern auch als **Anhaltspunkt für Verbesserungsmöglichkeiten** sehen. Denn offensichtlich überzeugt es nicht - wie der anhaltende Investitionsattentismus zeigt - auf den fünften Rang Österreichs bei der Wirtschaftsleistung pro Kopf zu verweisen; man muss die genannten Problemfelder offensiv ansprechen.

Zentrales Problemfeld über alle Rankings hinweg ist ein Bereich, den man mit „**Effizienz des staatlichen Handelns**“ umschreiben könnte: Die Probleme reichen hier von einer die Unternehmen belastenden Überregulierung, eine insgesamt zu hohe Abgabenquote bei gleichzeitig wachsender Besorgnis bezüglich der

öffentlichen Verschuldung, bis hin zu steigendem Misstrauen gegenüber der Problemlösungskompetenz und -bereitschaft der Politik.

Konkreter Ansatzpunkt politischen Handelns wäre endlich mit der Umsetzung jener **Staats- und Verwaltungsreform** zu beginnen, die seit quälend langer Zeit immer wieder angekündigt wird und für die bereits umfangreiche Vorschläge erarbeitet worden sind. Zusätzlich ist wichtig, auch die **bürokratische Belastung der Unternehmen** zu reduzieren, wobei dies den Staat zwar geringe Einnahmen kosten kann (etwa durch die Abschaffung von Bagatellsteuern), aber gleichzeitig durch Vereinfachungen in Verfahrensfragen und andere zeitgemäße Schritte dem Staat und den Unternehmen gleichzeitig Kosten einsparen hilft.

Österreich hat einen Spitzenplatz hinsichtlich Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung, hinsicht-

lich Wertschöpfung, Produktivität - und Einkommen. Dieser Spitzenplatz kann nur gehalten werden, wenn Österreich auch einen Spitzenplatz hinsichtlich Standortqualität - wieder - erreicht. Mit jenem Mittelmaß, in das der Standort Österreich teilweise bereits abgeglitten ist, lässt sich längerfristig weder ein wünschenswert hohes Einkommensniveau, noch die umfassende Lebens- und Umweltqualität in Österreich aufrecht erhalten. Der Absturz in den Standortrankings ist eine Chance, den Weckruf gerade noch rechtzeitig zu hören.

¹ Der jährliche „Monitoring Report“ der Wirtschaftskammer Österreich hat zuletzt bereits rund 180 Rankings mit Österreichbezug angeführt.

DDr. Herwig W. Schneider leitet das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) und ist Mitherausgeber von „industrie aktuell“.

Ulrich Schuh

Handlungsfelder gegen den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit Österreich: Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität

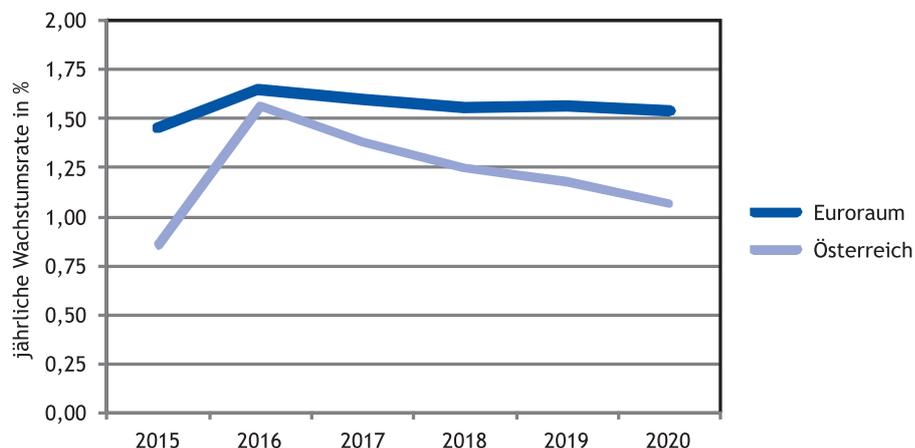


© Wilke

Nach einer hartnäckigen Rezession schwenkte die Wirtschaft des Euroraums im Jahr 2014 in einen moderaten Wachstumspfad ein. Im Gegensatz zu den langjährigen Erfahrungen blieb jedoch die Wachstumsdynamik in Österreich im Vergleich zu den anderen

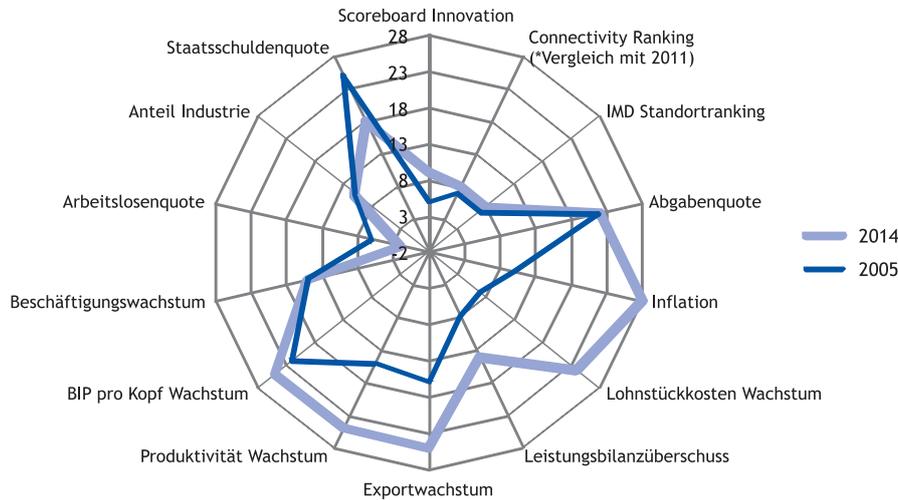
Mitgliedstaaten deutlich zurück. Aktuelle Prognosen der internationalen Organisationen lassen erwarten, dass sich dieses Bild auch in der absehbaren Zukunft wiederholen wird. In **Abbildung 1** ist die jüngste Prognose des Internationalen Währungsfonds betref-

Abbildung 1: Wachstumsprognose des Internationalen Währungsfonds



Quelle: IMF, World Economic Outlook

Abbildung 2: Standortfaktoren der österreichischen Wirtschaft



Quelle: EcoAustria

fend das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts für den Zeitraum bis 2020 dargestellt. Demnach wird das Wirtschaftswachstum Österreichs durchgängig hinter dem (eher bescheidenen) Durchschnittswert des Euroraums zurückbleiben.

Die aktuelle Schwäche der österreichischen Wirtschaft ist unangenehm und schmerzvoll, ihr Auftreten hat sich allerdings in den vergangenen Jahren abgezeichnet. Seit geraumer Zeit war für Österreich zu konstatieren, dass **erforderliche strukturelle Reformmaßnahmen verschleppt wurden und als Folge eine kontinuierliche Verschlechterung der Wirtschaftsstandortes zu verzeichnen war**. Das Absinken der Standortqualität spiegelte sich im Zurückfallen Österreichs in internationalen Rankings wider. Da sich allerdings gleichzeitig die wirtschaftliche Performance Österreichs günstig darstellte, wurde den warnenden Hinweisen auf die Erosion der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft von den Entscheidungsträgern offenbar zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Tatsächlich hat die österreichische Wirtschaft den tiefen Einbruch im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise erstaunlich rasch überwunden und schwenkte danach wieder in einen vergleichsweise stabilen Wachstumskurs ein. Diese Entwicklung wurde als Bestätigung angesehen, dass die Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft weiterhin intakt sei und umfassendere Reformen deshalb nicht erforderlich seien.

Dabei wurde übersehen, dass wirtschaftspolitische Reformen und Weichenstellungen mit teilweise erheblicher Zeitverzögerung ihre Wirkungen entfalten. Einerseits ist daher eine vergleichsweise günstige wirtschaftliche Performance in hohem Maße von bereits zurückliegenden Maßnahmen bestimmt. Andererseits ist davon auszugehen, dass die Korrektur einer bereits eingetretenen Wachstumsschwäche ein langwieriges Unterfangen darstellt.

In **Abbildung 2** werden 14 Standortfaktoren der österreichischen Wirtschaft in einem Netzdiagramm dargestellt. Dabei wird für jeden Indikator der Rang Österreichs innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-28) ausgewiesen. Die Rangfolge spiegelt dabei die relative Güte bei dem jeweiligen Indikator wider (ein Wert von 1 impliziert daher den besten Wert unter dem Mitgliedstaaten, ein Wert von 28 den schlechtesten). Je näher die Indikatorenwerte daher beim Ursprung des Gitternetzes zu liegen kommen, desto günstiger stellt sich die Performance der österreichischen Wirtschaft dar. Die Position Österreichs wird für die Indikatoren an zwei Zeitpunkten verglichen, dem Jahr 2005 gegenüber dem Jahr 2014.

Die Indikatoren sind im Uhrzeigersinn gemäß ihrer chronologischen Wirkungsweise auf die Performance angeordnet. Ausgangspunkt sind jene Bereiche, die mit erheblicher Zeitverzögerung auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wirken, etwa Forschungs- und Entwicklung, Innovation und Bildung, die im Innovation

Scoreboard der Europäischen Kommission abgebildet werden. Am anderen Ende der Gliederung finden sich jene Bereiche der Wirtschaft, die mit erheblicher Zeitverzögerung auf Änderungen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit reagieren. Es sind dies der Arbeitsmarkt, die Wirtschaftsstruktur und der Staatshaushalt.

Das **Innovation-Scoreboard** der Europäischen Kommission beinhaltet eine umfassende Beurteilung der Innovationskraft der Mitgliedschaften der EU anhand einer Vielzahl unterschiedlicher Dimensionen. Gegenüber dem Jahr 2005 hat Österreich deutlich an Boden gegenüber anderen Mitgliedstaaten verloren und ist von Rang 5 auf Rang 9 abgerutscht. Österreich gehört nunmehr lediglich der Gruppe der „Innovation-Follower“ an. Schwächen werden in Österreich seit geraumer Zeit im Bereich der Risikokapitalbereitstellung und der Attraktivität für Doktorats Studenten aus dem Ausland identifiziert. Die lediglich mittelmäßige Positionierung und das schleichende Abgleiten im Ranking implizieren, dass Österreich mittel- bis langfristig den Anschluss zu den führenden Innovationsländern nicht herstellen wird können. Da in einer zunehmend globalisierten Wirtschaft gerade der Innovationskraft künftig noch mehr Bedeutung zur Bestimmung der Wettbewerbsfähigkeit beizumessen ist, stellt gerade diese Entwicklung eine **grundlegende Bedrohung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Österreichs** dar.

Ein ähnlicher Befund ergibt sich aus den Ergebnissen des **Connectivity Scorecard**, einer internationalen Vergleichsstudie zur Qualität und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien. Auch in diesem Bereich findet sich Österreich lediglich im gehobenen Mittelfeld wieder. Gegenüber dem Jahr 2011 hat Österreich dabei einen Platz innerhalb der EU-Mitgliedstaaten verloren und liegt nur noch auf dem 9. Rang. Insbesondere die ungenügende Durchdringung mit Breitband-Anschlüssen ist für die ungünstige Performance in diesem Bereich verantwortlich.

Etwas breiter angelegt ist der Standortvergleich anhand des **IMD-Standortranking**. Hier ist im Zeitverlauf ebenfalls ein kontinuierliches Abrutschen Österreichs im internationalen Vergleich zu konstatieren. Gegenüber dem Jahr 2005 hat Österreich einen Rang verloren und liegt nunmehr auf Platz 8 der EU-Mitgliedstaaten.

Hinsichtlich der **preislichen Wettbewerbsfähigkeit** der österreichischen Wirtschaft ist der Rückfall Österreichs dramatisch. Österreich weist innerhalb der EU eine der höchsten Abgabenquoten auf (Rang 22 gereiht

vom niedrigsten Wert). Höchst beunruhigend ist der Absturz bei Inflation und das Wachstum der Lohnstückkosten. Bei der Inflationsentwicklung ist Österreich von Rang 10 im Jahr 2005 auf den letzten Platz im Jahr 2014 zurückgefallen, beim Wachstum der nominellen Lohnstückkosten von Rang 7 auf Rang 24. Hohe Inflation und ein relativ starker Anstieg der Lohnstückkosten in Österreich sind dabei kein vorübergehendes Phänomen, sondern halten bereits seit einigen Jahren an und gefährden dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft nachhaltig.

Die schleichende Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität Österreichs hat mittlerweile auch Folgewirkungen auf maßgebliche Ergebnisindikatoren der österreichischen Volkswirtschaft. Obwohl weiterhin ein **Leistungsbilanzüberschuss** besteht, hat Österreich bei diesem Indikator (bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt) gegenüber 2005 sechs Plätze innerhalb der EU verloren und liegt im Jahr 2014 nur mehr auf Platz 14. Auch beim realen Wachstum der Exporte ist Österreich deutlich zurückgefallen und erreichte im Jahr 2014 nur mehr Rang 25 von 28 Mitgliedstaaten, was einer Rangverschlechterung um neun Plätze gegenüber 2005 entspricht. In jüngster Zeit ist in diesem Zusammenhang zu thematisieren, dass Österreich insbesondere beim Haupthandelspartner Deutschland Marktanteile verloren hat. Dadurch kann Österreich aktuell nicht mehr in dem Ausmaß wie in der Vergangenheit vom Wirtschaftsaufschwung in Deutschland profitieren.

Ebenso ist Österreich beim Wachstum des **BIP pro Kopf** vom bereits sehr ungünstigen Platz 22 im Jahr 2005 weiter auf Rang 25 im Jahr 2014 abgerutscht.

Mit Verzögerung reagiert erfahrungsgemäß der **Arbeitsmarkt** auf Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Dies spiegelt sich auch bei den Arbeitsmarktindikatoren wider. Beim Beschäftigungswachstum konnte der Platz im Mittelfeld (15) gehalten werden, bei der Arbeitslosenquote konnte sich Österreich sogar von Rang 5 im Jahr 2005 auf Platz 2 verbessern. Zeitweilig wies Österreich allerdings sogar die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU auf. Gerade in der jüngeren Vergangenheit ist aber ein spürbarer und chronischer Anstieg der Arbeitslosigkeit in Österreich zu verzeichnen, der sich ohne gezielte Gegenmaßnahmen nicht mehr zurückbilden wird. Trotz der aktuell noch relativ günstigen Position Österreichs, stellt der Anstieg der Arbeitslosenquote ein akutes wirtschaftspolitisches Problem dar.

Auch bei der **Wirtschaftsstruktur** - gemessen am Anteil der Industrie an der Wertschöpfung - und bei den öffentlichen Finanzen (Staatsschuldenquote in Prozent des BIP) konnte sich Österreich im Zeitverlauf behaupten. Allerdings ist gerade hier davon auszugehen, dass diese Bereich mit Zeitverzögerung von der Verschlechterung der Standortqualität beeinträchtigt werden. Der Staatshaushalt kommt als Folge der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in zweifacher Form unter Druck. Einerseits schmälert sich das Einnahmepotenzial aufgrund der schwächeren wirtschaftlichen Dynamik, andererseits steigt aber auch der Druck auf der Ausgabenseite, weil erhöhte Sozialausgaben, etwa für Arbeitslosenunterstützung, zu erwarten sind.

Der kontinuierliche Verlust an Wettbewerbsfähigkeit hat das **Wachstumspotenzial der österreichischen Wirtschaft deutlich abgesenkt**, sodass in den kommenden Jahren vergleichsweise niedrige Zuwachsraten bei Wertschöpfung und Beschäftigung zu erwarten sind. Zudem bleiben die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Mitgliedern des Euroraum hartnäckig hoch. Dies führt dazu, dass für den Euroraum generell von einer sehr gedämpften Wachstumsentwicklung auszugehen ist. Dies impliziert, dass ein weiterer dämpfender Effekt auf die österreichische Wirtschaft von einer ungünstigen gesamteuropäischen Entwicklung ausgeht.

Angesichts dieser Vorzeichen wäre eine **offensive Standortstrategie in Österreich** angezeigt. Die

Handlungsfelder sind dabei breit gestreut. Im Bildungssystem ist der Handlungsbedarf mittlerweile festgestellt worden, die notwendigen Maßnahmen sind jedoch nur ansatzweise erkennbar. Im Bereich der Innovationstätigkeit und der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien sind dringende Maßnahmen erforderlich, damit Österreich den Anschluss zu den führenden Staaten in Europa finden kann. Unmittelbar sollte erhöhtes Augenmerk auf die Eindämmung der anhaltend hohen Inflation und den mittlerweile beunruhigenden Anstieg der strukturellen Arbeitslosigkeit gelegt werden. Zur Schaffung von Spielraum für öffentliche Zukunftsinvestitionen ist es zudem empfehlenswert die erlahmten Anstrengungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu reaktivieren. Im Rahmen der anstehenden Verhandlungen zum Finanzausgleich besteht ebenfalls ein erhebliches Potenzial zur Erhöhung der Effizienz der Leistungserbringung durch die öffentliche Hand. Die Reformanstrengungen in den Problembereichen sollten ehestmöglich intensiviert werden, weil der Rückfall in der Wettbewerbsposition das Wachstumspotenzial der österreichischen Wirtschaft beeinträchtigt und somit die erforderlichen Anpassungen zusätzlich erschwert.

Dr. Ulrich Schuh ist wissenschaftlicher Vorstand und Mitarbeiter bei EcoAustria. Zudem ist er Mitglied der Wettbewerbskommission, des Fiskalrats, der Pensionskommission, des Finanzmarktstabilitätsgremiums sowie Aufsichtsratsmitglied der ÖBFA.



© Gebrüder Weiss

Wolfram Senger-Weiss

Logistik: Starker Motor für den Wirtschaftsstandort Österreich

Eine vom Industriewissenschaftlichen Institut (IWI) durchgeführten **Studie zur Bedeutung der Logistik für die gesamte Volkswirtschaft** hat gezeigt, dass jeder in der Logistikwirtschaft investierte Euro als Wertschöpfung mehrfach zurück kommt und damit das Potential hat, den Wirtschaftsstandort Österreich nachhaltig zu stärken (siehe Kasten).

Logistik(-Kompetenz) ist ein bedeutender **volkswirtschaftlicher Multiplikator** für den Standort Österreich und ein **zentraler Wettbewerbsfaktor** für die Unternehmen, der in Zukunft noch weiter an Bedeutung gewinnen wird. Immer bedeutender wird das reibungslose und flexible Zusammenspiel aller logistischer Komponenten und Netzwerkpartner, unter anderem

aufgrund der immer höher werdenden Anforderungen an die Produktion (Just-in-Time/Just-in-Sequence/Industrie 4.0), aber auch Distribution (Distanzhandel). Höchste Ansprüche an die Logistik beziehungsweise das Supply Chain Management, wie man sie beispielsweise bereits aus der Automotive Industrie kennt, werden sich verstärkt auch in anderen Branchen entfalten und die Unternehmen sowie ihre externen Dienstleister vor (neue) logistische Herausforderungen stellen. Die Internationalisierung von Beschaffung, Absatz und Produktion sowie die globalen Vernetzung durch arbeitsteiliges Wirtschaften trägt ebenfalls zur steigenden Bedeutung der Logistik bei.

Die in der IWI-Studie errechneten Multiplikatoren veranschaulichen deutlich, wie wichtig und wertschöpfend die Logistik für unsere Leitbetriebe und damit den Wirtschaftsstandort Österreich ist. Mehr als 90 % der in der Studie befragten Unternehmen sind überzeugt, dass **Logistik weiter an gesamtwirtschaftlicher Bedeutung gewinnen** werde. Für ein Viertel der Befragten liegt der Anteil der Logistik am Unternehmenserfolg bei 30 % und noch mehr.

Unternehmen der Logistikbranche verzeichneten bis zum Einsetzen der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 laufend steigende Beschäftigung. Durch den konjunkturbedingten Umsatzeinbruch im Automobilsektor und Teilbereichen des Handels und der Industrie in den Jahren 2008 und 2009 sank die Auftragslage der Unternehmen vorübergehend. Seit 2012 sind aber sowohl im Inlands- als auch im Exportgeschäft das Umsatzvolumen und damit die Aufträge für die Logistikwirtschaft wieder gestiegen. Sie kann auch, nach den vorliegenden Prognosen, in den kommenden Jahren mit einer guten Auftragslage rechnen, womit merkliche Beschäftigungszuwächse erwartet werden können.

Mit der IWI-Studie wurde für die Logistikbranche eine wichtige Argumentationsgrundlage geschaffen. Sie bestätigt die **Forderungen an die Politik**, das Potential als Chance aufzugreifen und durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen die Logistik wieder auf die Spur zu bringen. Ein erster Erfolg ist die Bestellung des Logistikbeauftragten und der Etablierung eines Logistikausschusses im Verkehrsministerium.

Österreich soll wieder zu Top-Standort werden

Nicht abgestimmte Maßnahmen in der Infrastruktur- und Verkehrspolitik bzw. nicht wahrgenommene wettbewerbshemmende Rahmenbedingungen gefährden die **Standortattraktivität Österreichs** und beeinträchtigen die heimischen Unternehmen in ihrer Leistungserstellung. Der österreichische Staat entscheidet durch das Setzen dieser Rahmenbedingungen darüber, wie gut die Koordinationsfunktionen in Unternehmen und unternehmensübergreifend durchgeführt werden können.

Insbesondere internationale Leitbetriebe reagieren sensibel auf Umfeldbedingungen und sind per Definition standortmobil. Die logistische Struktur von Leitbetrieben ist durch eine intensive und dichte Vernetzung mit externen Transport- und Logistikpartnern gekennzeichnet, welche in die Produktionsnetzwerke und deren gesamte Leistungserstellung integriert sind. Im Sinne eines modernen logistischen Netzwerkdenkens in Supply Chains stehen nicht einzelne, sondern gesamte Kompetenz-/ Wertschöpfungsnetzwerke im (internationalen) Wettbewerb, in welchen **innovatives Logistik-Know-how eine entscheidende Rolle** spielt.

Die Studie belegt ganz klar, dass eine Reihe von Hürden noch abzubauen sind. Deshalb setzt der Zentralverband Spedition & Logistik auf Maßnahmen, die nicht nur die Logistikwirtschaft, sondern auch den Wirtschaftsstandort stärken. Dazu zählen der Ausbau der Multimodalität, Entbürokratisierung bei Gefahrgut-Transporten, einheitliche Kompetenzen bei Fahrverboten und Logistikflächen, Förderung innovativer Logistik und ein klares Nein zur flächendeckenden LKW-Maut in Österreich. Damit könne Österreich wieder zu einer **Top-Adresse als attraktiver Logistik- und Wirtschaftsstandort** aufsteigen.

- Jeder Beschäftigte der österreichischen Logistikwirtschaft sichert bis zu 3,50 Arbeitsplätze in der österreichischen Volkswirtschaft.
- Jeder Euro an Umsatz der heimischen Logistikunternehmen sichert gesamtwirtschaftlich bis zu 3,88 Euro an Umsatz.
- Jeder Euro an Wertschöpfung der Logistikbranche in Österreich sichert bis zu 4,11 Euro an Wertschöpfung in Österreichs Wirtschaft.

Mag. Wolfram Senger-Weiss ist Mitglied des Vorstandes des Logistikunternehmens Gebrüder Weiss und Präsidenten des Zentralverband Spedition & Logistik.



Thomas Wieser

„ ... die wesentliche Frage“

Interview mit Mag. Thomas Wieser, Präsident der Euro Working Group (einem Vorbereitungsgremium für die Treffen der Euro-Finanzminister). Thomas Wieser war Leiter jenes Expertenrates („Weisenrat“), der im Auftrag des österreichischen Finanzministers im Frühjahr 2015 Vorschläge für eine zukunftsorientierte Budget- und Finanzpolitik und eine moderne Finanzverwaltung erarbeitet hat.

Sie wurden in den Medien zitiert mit der Aussage: „Österreich ist eines der führenden Länder in der Ineffizienz beim Einsatz öffentlicher Mittel“. Welche konkreten Schritte sind notwendig und sinnvoll, um in absehbarer Zeit in Österreich eine zumindest dem OECD-Durchschnitt entsprechende Effizienz erreichen zu können?

Thomas Wieser: Österreich ist in der Tat bemerkenswert, weil es ein sehr gut finanziertes Schulsystem hat, ebenso wie ein exzellent finanziertes Gesundheitssystem - um zwei Beispiele zu bringen. Wenn man den Einsatz der Mittel mit dem Outcome vergleicht, schneiden wir allerdings teilweise schlecht ab. Dies hängt auch damit zusammen, dass mit jeder „Reform“ des Systems neue Steuerungsgremien, -systeme und -institutionen dazu kamen, seit Jahrzehnten. Dies bindet enorme Mittel, die fern der Produktion von Bildung und Gesundheit verwendet werden. Die personellen und materiellen Ressourcen, die in der Verwaltung der eigenen Institution und der Koordinierung mit anderen Institutionen eingesetzt werden, sind beachtlich. Systeme und Einrichtungen - wie Schulen - werden von der Politik allein gelassen, mit dysfunktionalen Räumlichkeiten, Organisationsstrukturen und Personalstrukturen. Die Politik müsste inhaltliches Interesse an Verwaltungsreformen zeigen: Da in vielen Bereichen dieselben Vorschläge seit 15 Jahren auf dem Tisch liegen, dürfte es sich nicht um ein kognitives Problem handeln.

Von der Europäischen Kommission bis zum österreichischen Fiskalrat gab es in den letzten Wochen gewichtige Stimmen, die am Erfolg der Gegenfinanzierung der Steuerreform Zweifel angemeldet haben. In welchen Bereichen könnte der Finanzminister rasch Einsparungserfolge erzielen und so in den nächsten Jahren die Gegenfinanzierung der Steuerreform absichern?

Thomas Wieser: Die Expertenkommission hat unter anderem festgehalten, dass man Einsparungen keinesfalls

linear vornehmen sollte, sondern Zukunftsaufgaben besser dotieren sollte. Ebenso ist es im internationalen Vergleich eindeutig, dass Ausgabenkürzungen weiteren Einnahmensteigerungen vorzuziehen sind. Ein Beispiel in unserem Bericht war, dass im Bereich der Infrastruktur zu viele und zu teure Projekte verwirklicht wurden und werden - Einsparungen in diesem Bereich sind natürlich nicht von heute auf morgen darstellbar, aber doch relativ rasch.

Die von Ihnen geleitete Expertenkommission hat eher längerfristig konzipierte Reformvorschläge für die Budget- und Finanzpolitik entwickelt („Österreich 2020“). In welchen Bereich müssten die Ausgaben besonders deutlich zurückgeführt werden und wo müssten eventuell sogar höhere Mittel eingesetzt werden, um die Struktur der öffentlichen Ausgaben grundlegend zu reformieren?

Thomas Wieser: Uns erscheint es eindeutig klar, dass wir im Bereich der Bildung, Ausbildung, Forschung und Innovation einen erheblichen Investitionsbedarf haben. In vielen dieser Bereiche ist es notwendig, Mittel nur gekoppelt mit entsprechenden Aufgaben- und Strukturreformen zur Verfügung zu stellen. Dafür müssen wir alle länger - und gesünder - arbeiten, was zu entsprechenden Entlastungen im Pensionsbereich, Invaliditätsbereich und im Gesundheitswesen führen sollte.

Rechnungshof-Präsident Dr. Josef Moser hat in einem Kommentar für „industrie aktuell“ (Ausgabe 3/3-2014) bezüglich der Verwaltungsreform gemeint, „Vorschläge liegen auf dem Tisch, es bedarf des politischen Willens zu deren Umsetzung.“ Wie lässt sich der politische Wille zu Budget- bzw. Verwaltungsreformen stärken?

Thomas Wieser: Das ist in der Tat die wesentliche Frage. Ich habe auch keine gute Antwort darauf. Mir scheint, dass große Lösungen über eine Vielzahl von Problembereichen eine größere Chance an Verwirklichung hätten, weil sich jeder dann teilweise mit einem Erfolgserlebnis wiederfinden könnte. Derzeit scheint man eher kleinteilig zu arbeiten, daher können solche Interessensabtäusche nur schwer stattfinden. Letztlich ist aber klar: man muss ein eindeutiges politisches aber auch emotionales Interesse daran haben, Probleme im Interesse Österreichs zu lösen. So dies vorhanden ist, bin ich letztlich doch zuversichtlich.

Peter Luptacik



Die volkswirtschaftliche Bedeutung der österreichischen Luftverkehrswirtschaft

Die Luftverkehrswirtschaft ist ein **wichtiger Bestandteil des industriellen Wirtschaftsgefüges** in Österreich. Die betreffenden Unternehmen generieren nicht nur Wertschöpfung, sondern sichern Arbeitsplätze und schaffen durch notwendige Vorleistungen wiederum Nachfrage in anderen Sektoren. Die unmittelbare und mittelbare Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Österreich kann mittels einer gesamtwirtschaftlichen Modellrechnung (offenes statisches Leontief-Modell) quantifiziert werden.

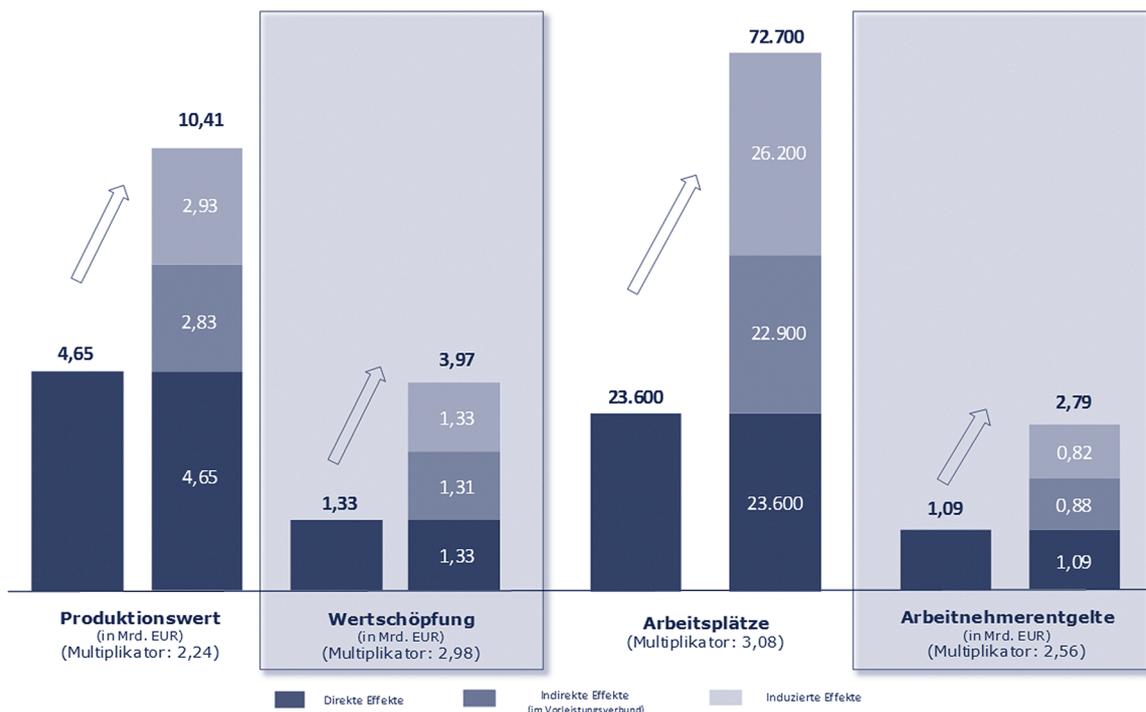
Die dafür herangezogene **Input-Output-Analyse** differenziert zwischen den direkten, indirekten und induzierten Effekten. Direkte Effekte beschreiben unmittelbare durch die Luftfahrt-Unternehmen ausgelöste Effekte in der österreichischen Volkswirtschaft. Indirekte Effekte messen die nachfrageseitigen Impulse der gesamten Vorleistungskette (Zulieferer etc.) der Unternehmen, wohingegen sich induzierte

Effekte über den durch die (direkt und indirekt) generierte Beschäftigung bzw. durch Investitionen der Luftverkehrswirtschaft ermöglichten Konsum ergeben. Diese Effekte werden auch als „Backward-Linkages“ bezeichnet.

Im Fokus einer aktuellen Analyse des Industriewissenschaftlichen Institutes (IWI) steht die **Luftverkehrswirtschaft im engeren Sinne (ieS)**, worunter Unternehmen aus den Bereichen **Luftfahrtleistungen, Dienstleistungen für die Luftfahrt** sowie anteilmäßig **Reisebüros** erfasst werden. Zusätzlich kann auch die Luftverkehrswirtschaft im weiteren Sinne (iwS) betrachtet werden, welche die Luftverkehrswirtschaft ieS plus die produzierenden Luftfahrtunternehmen (Luft- und Raumfahrzeugbau) beinhaltet.

Durch die **Luftverkehrswirtschaft ieS** wird in Österreichs Wirtschaft im Jahr 2014 ein **Produktionswert**

Volkswirtschaftliche Effekte der Luftverkehrswirtschaft ieS



Quelle: IWI auf Basis der Statistik Austria (2015), Statistik Austria (div. Jahre), Input-Output-Tabellen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1976-2012

von insgesamt 10,41 Mrd. Euro initiiert. Direkt entstehen in den Unternehmen 4,65 Mrd. Euro an produziertem Wert. In der Folge bedingt der von den Unternehmen in Österreich erwirtschaftete Produktionswert einen indirekten Produktionswert von 2,83 Mrd. Euro und einen induzierten von 2,93 Mrd. Euro. Analog dazu beläuft sich das Ausmaß der gesamtwirtschaftlich generierten Wertschöpfung auf insgesamt 3,97 Mrd. Euro, wobei 1,33 Mrd. Euro direkt auf die Unternehmen der Luftverkehrswirtschaft ieS rückrechenbar sind und weitere 1,31 Mrd. Euro auf indirekte und 1,33 Mrd. Euro auf induzierte Effekte. Branchen in Österreich, die indirekt und induziert am meisten von den Aktivitäten der Luftverkehrswirtschaft ieS profitieren, sind gemessen an der Wertschöpfung die Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr, das Grundstücks- und Wohnungswesen und die Beherbergung & Gastronomie. Gemessen am Produktionswert profitieren wiederum die Unternehmen der Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr, das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie der Tiefbau.

In der heimischen Volkswirtschaft sind insgesamt **ca. 72.700 Arbeitsplätze** direkt, indirekt und induziert auf die Aktivitäten der Luftverkehrswirtschaft ieS rückrechenbar. Neben den rd. 23.600 direkt in den Un-

ternehmen beschäftigten Personen, entfallen weitere rd. 22.900 Arbeitsverhältnisse auf die indirekten und rd. 26.200 auf die induzierten Effekte. Die insgesamt ca. 72.700 Arbeitsplätze entsprechen hochgerechnet rd. 2,79 Mrd. Euro an ausgezahlten Arbeitnehmerentgelten, eine beachtenswerte Kaufkraft, die durch die Unternehmen ausgelöst wird.

Demzufolge bewirkt:

- ein Beschäftigungsverhältnis der Luftverkehrswirtschaft ieS in Österreich insgesamt 3,08 Arbeitsplätze,
- ein Euro an Wertschöpfung der Luftverkehrswirtschaft ieS 2,98 Euro an Wertschöpfung in der heimischen Volkswirtschaft bzw.
- ein Euro an Produktionswert der Luftverkehrswirtschaft ieS 2,24 Euro an Produktion in Österreich.

Die Luftverkehrswirtschaft ieS initiiert durch ihr Branchensetting höhere Produktionswert-, Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte in Österreich als ein durchschnittliches Unternehmen des Landverkehrs (ÖNACE Abteilung 49).

Peter Luptacik ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Industriewissenschaftlichen Institut (IWI).

VWL-Wissensbazar 2014/2015 an der Fachhochschule St. Pölten

Der vierte VWL-Wissensbazar der Fachhochschule St. Pölten widmete sich wieder dem Thema „Das Steuersystem in Österreich“. Unter der Beteiligung von mehr als 70 Studierenden fand ein hochwertiger und kreativer Diskurs zur aktuellen Ausgestaltung bzw. zur Stärken- und Schwächenperformance des heimischen Steuer- und Abgabensystems sowie über zukünftige Weiterentwicklungspotenzialen statt.

Sieger des VWL-Wissensbazar wurde eine Projektgruppe bestehend aus den Studentinnen Caroline Brandl, Melanie Mayerhofer, Sandra Ingerl, Lara Gamsjäger, Lisa Kornsteiner und Magdalena Nachbargauer. Anhand eines satirischen Kasperltheaters wurden die (Un-) Möglichkeiten der österreichischen wie deutschen Unternehmensbesteuerung sehr prägnant dargelegt („Der Mensch hat kaum die Welt erblickt, schon ist er steuerlich verstrickt...“).

DDr. Herwig W. Schneider



Monika Forstinger
Christian Theuermann



Risikomanagement im Einkauf in den TOP-500 Unternehmen in Österreich

Die TOP-500 Unternehmen in Österreich haben klar erkennbaren Verbesserungsbedarf, wenn es darum geht, die Lieferanten- und Beschaffungsbeziehungen weiterzuentwickeln, zu vertiefen und auszubauen. Durch risikoorientiertes Beschaffungsmanagement müssen Unternehmen verstärkt für Sicherheit sorgen und den Einkauf dabei unterstützen, einen wertschaffenden Beitrag in der Unternehmensorganisation zu leisten.

Der Einkauf als wichtige Funktion in der Unternehmensorganisation

Aktuelle Handelsembargos und die daraus folgenden Auswirkungen auf die Wirtschaft unterstreichen die Bedeutung des Einkaufs einmal mehr. Vielen Unternehmen wird deutlich, dass die **Beschaffung eine der wesentlichsten strategischen Aufgaben in einem Unternehmen** darstellt.

Für die Unternehmensleitung besteht die Aufgabe, die zunehmenden Umfeldkomplexitäten erfolgreich zu beherrschen, um auch zukünftig den Bedürfnissen der verschiedensten Anspruchsgruppen gerecht zu werden. Für nachhaltig orientierte Unternehmen ist ein strategisches Beschaffungsmanagement, samt Berücksichtigung des Risikoaspektes, in diesem Bereich unabdingbar - vor allem unter Beachtung der für Unternehmen steigenden Herausforderungen und zukünftigen Rahmenbedingungen. In der unternehmerischen Praxis, bildet sich diese Forderung jedoch noch nicht entsprechend ab¹.

Unternehmen fokussieren mehr und mehr auf ihre Kernkompetenzen und **kaufen einen immer größeren Anteil ihrer Leistungstiefe zu**. In manchen Unternehmen beträgt das Einkaufsvolumen bereits über 80 % des Gesamtumsatzes². Die Komplexität der zugekauften Leistungen steigt nicht zuletzt durch die Anforderungen des „Global Sourcing“. Dies erfordert die ganzheitliche Betrachtung des Einkaufs samt den Beziehungen zu Lieferanten - ein „Management of Excellences“ im Beschaffungsbereich ist gefragt. Fazit: Dem Einkauf gebührt mehr Bedeutung und viele Potenziale liegen brach.

Im Zuge einer **österreichweiten, empirischen Studie** wurde der aktuelle Entwicklungsstand der Einkaufs- und Beschaffungssituation, unter Berücksichtigung des Risikomanagements, analysiert und evaluiert. Untersucht wurde das produzierende Gewerbe, die Industrie sowie der Handel, mit Fokus auf die TOP-500-Unternehmungen in Österreich³.

Kernaussagen und Erkenntnisse der Beschaffungstudie

Die Aufgabe jeder Beschaffungsorganisation ist es, die Bedürfnisse des eigenen Unternehmens mit den Fähigkeiten der Lieferanten so zu verbinden, dass ein nachhaltiger Wettbewerbsvorteil für das Unternehmen entsteht. Mehr und mehr wird erkannt, welche strategische Bedeutung der unternehmerischen Beschaffungsfunktion zuteil wird: Fast 90 % der Unternehmen sehen den Wert-Beitrag als „hoch“ bzw. „sehr hoch“ an - es wird aber immer noch nicht dementsprechend gehandelt.

Die Beschaffung war bzw. ist über lange Jahre hinweg ein **oftmals vernachlässigter Unternehmensbereich**, der aufgrund seiner häufig rein ausführenden Tätigkeiten und der stark ansteigenden Beschaffungsvolumina, verursacht durch vermehrtes Outsourcing, ein enormes Potenzial aufweist. Bei den TOP-500 Unternehmen in Österreich überwiegen bis heute meist die operativen Tätigkeiten, wie das Einholen von Angeboten und die Bestellabwicklung. Der gesamthafte und strategische Zugang ist noch stark verbesserungswürdig.

Strategieorientierung und Professionalisierung in der Beschaffungsorganisation wird zum Wettbewerbsvorteil

Die Kaufmannsweisheit, dass im Einkauf der Gewinn liegt, zeigt sich nachhaltig dadurch, dass durch ein modernes und strategisch ausgerichtetes Beschaffungsmanagement umfangreiche Möglichkeiten hinsichtlich der Liquiditätsverbesserung, Steigerung des Unternehmenswertes und einer erhöhten Ertragskraft erzielt werden können. Um diese Potenziale in den

Unternehmen heben zu können, muss ein **Umdenken in den Einkaufsorganisationen** stattfinden - der klassischen Beschaffungsaktivität muss eine strategisch orientierte Beschaffungsorganisation⁴, mit Blick auf die gesamte Wertschöpfungskette, folgen. Die Strategiewerkarbeit rückt in den Focus der Beschaffungseinheiten. Konkret ausformulierte und schriftlich festgelegte Einkaufsstrategien liegen bei 71 % der Unternehmen vor und realistische Zielvorgaben haben sich bei 81 % der Studienteilnehmer bereits etabliert. Zielvorgaben unterstützen die Verantwortlichen in der Steuerung und die Erfolgsrealisierung wird gesteigert. Dazu gilt es, vernetzte Ziele zu definieren - die Zusammenarbeit der Bedarfsträger (Techniker, Konstrukteure, Entwickler, etc.) und der Einkaufsabteilung ist stark ausbaufähig. Das ist keine Aufgabe, die der Einkäufer alleine bewerkstelligen kann - hier ist Bewusstsein und Handeln der Unternehmensleitung gefragt.

Das primäre Ziel des Beschaffungsmanagements in den TOP-Unternehmen in Österreich stellt mit 87 % klar der Gedanke, der **Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit** dar. Dies hat eine direkte Auswirkung auf das lieferantenorientierte Risikomanagement. Ein weiterer wichtiger Grund besteht in der **Gewährleistung einer dauerhaft hohen Produkt-/ Servicequalität** für die befragten Unternehmen. Die Verhinderung von Lieferantenausfällen wurde ebenfalls von 61 % als sehr wichtig empfunden. Dies stellt zukünftig eine Kernzielsetzung für die jeweiligen Beschaffungsorganisationen dar, da durch die zunehmenden Turbulenzen an den Beschaffungsmärkten auch die Lieferanteninsolvenzen massiv angestiegen sind.

Lieferantenpartnerschaften generieren Mehrwert für die Unternehmen

Lieferanten sind keine Zitronen, vielmehr sind sie hochwertige **strategische Partner** mit enormen Poten-

zialen für Unternehmen. Bei den relevanten Zielsetzungen und den Kriterien für die Lieferantenauswahl spielt der Preis noch immer die wesentlichste Rolle. Die zunehmende und unaufhaltsame Umstrukturierung der Wertschöpfungskette, welche durch einen vermehrten Zukauf an externen Leistungen gekennzeichnet ist, bedarf einer Fokussierung auf das nachhaltige Beziehungsmanagement zu den strategischen Lieferanten. Dies bedingt die ganzheitliche Betrachtungsweise des Einkaufs, samt den Beziehungen zu den Lieferanten. Ein **„Management of Relationship“** im Beschaffungsbereich ist gefragt. Dies inkludiert eine aussagekräftige Lieferantenbewertung, eine wertschaffende Lieferantenentwicklung sowie nachhaltige Lieferantenpartnerschaften.

Das Thema der Lieferantenpartnerschaften ist nur in Ansätzen bei den Unternehmen vorhanden. Lieferanten bieten meist umfassendes Wissen vom Markt, das bereitwillig und kostenfrei zur Verfügung gestellt wird - genutzt wird das aber noch wenig.

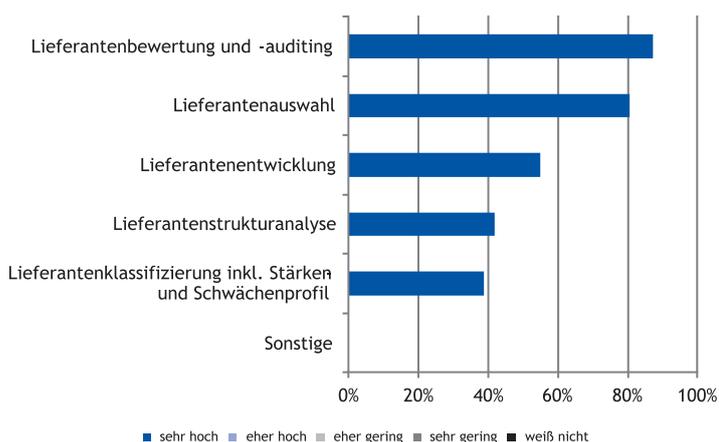
Für den Unternehmenserfolg werden die Lieferantenentwicklung und -integration von 78 % der Unternehmen als hoch oder sehr hoch eingeschätzt. Rund 87 % der Studienteilnehmer nutzen die Lieferantenbewertung, die -auswahl (80 %) und 54 % die -entwicklung als zentralen Bestandteil eines aktiven Lieferantenmanagements.

Hohes Bewusstsein zur Bedeutung des Risikomanagements ist vorhanden, jedoch fehlt die ganzheitliche Umsetzung

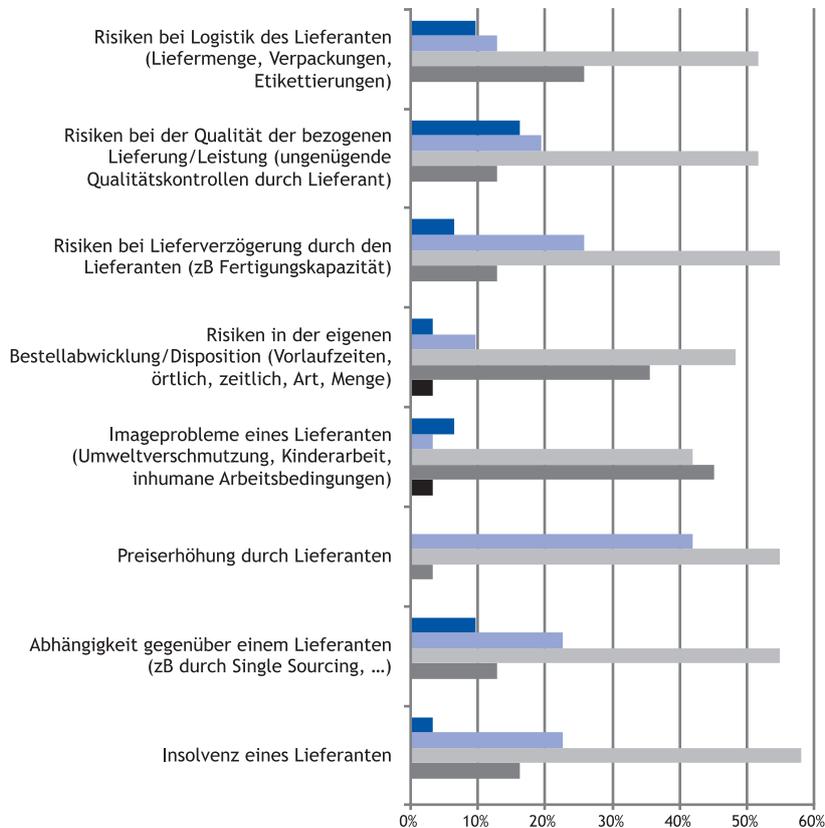
Oberste Zielsetzung muss eine **gesamthafte Optimierung der Wertschöpfungskette sein**, unter Berücksichtigung des Risikomanagementaspekts. Welche Beschaffungsrisiken tatsächlich vorliegen ist häufig nicht bewusst. Trotz einer starken Gefährdungseinschätzung durch Risiken und hohem Bewusstsein zur Bedeutung des Risikomanagements, beschäftigen sich aktiv nur ca. 50 % der befragten Unternehmen mit dem Thema Risikomanagement im Einkauf, wobei fast die Hälfte dieser Unternehmen ein proaktives Risikomanagement in der Beschaffung implementiert haben. Hier zeigt sich ein hoher Nachholbedarf in der Unternehmenspraxis auf.

Für ein **erfolgreiches Risikomanagement** setzen 77 % der Studienteilnehmer einen standardisierten Risikomanagementprozess im Einkauf voraus. Bei lediglich in 48 % der TOP-Unternehmen in Österreich sind gezielte Risikomanagementmaßnahmen in den Beschaffungsabteilungen vorhanden. Eine Erfolgsmessung der Risikomanagementaktivitäten und der abgeleiteten Maßnahmen erfolgt jedoch kaum, lediglich bei 5 % der Studienteilnehmer. Hier fehlt eindeutig die ganzheitliche Betrachtungsweise.

Bestandteile des Lieferantenmanagements in der unternehmerischen Praxis (Mehrfachnennungen möglich)



Zentrale Beschaffungsrisiken und deren unternehmerische Bedeutung bei den TOP-Unternehmen (Mehrfachnennungen möglich)



Hier ist entsprechendes Wissen aufzubauen, denn nur jene Aktivitäten und Maßnahmen, die auch gemessen werden, können im Sinne des Controlling-Gedankens auch gesteuert werden. **Die Bedeutung des Risikoccontrollings in den Beschaffungsorganisationen wird zukünftig zunehmend ansteigen.** Eine Erfolgsmessung der Risikomanagementaktivitäten - Risikosteuerung, Umsetzung von Risikomaßnahmen etc. - ist für ein funktionierendes und nutzenstiftendes Risikomanagement unumgänglich.

Die Studie hat auch gezeigt, wie wenig systematisch und gesamthaft Versorgungseingpässe durch externe Einflüsse, Lieferantenabhängigkeiten und Lieferantenausfälle betrachtet werden. Risikomanagement oder Potenzialanalysen in der Beschaffung stecken teilweise noch in der Entwicklungsphase.

Die identifizierten Hauptrisiken in den Beschaffungsbereichen liegen bei der Qualität der bezogenen Leistungen, der Logistik des Lieferanten (Lieferfähigkeit) und in der Abhängigkeit gegenüber den Lieferanten (Single Sourcing). In diesem Zusammenhang hat sich auch gezeigt, dass eine **Analyse der Finanzdaten der Lieferanten** (Financial Supplier Analysis) lediglich von 39 % der TOP-500 Unternehmen in Österreich durchgeführt wird, wengleich nur dadurch die Insolvenzge-

fahr von Lieferanten - und somit deren Ausfallrisiko - tatsächlich beurteilt werden kann.

Einig sind sich die Studienteilnehmer darin, dass die Bedeutung des Risikomanagements im Beschaffungsbereich weiter steigen wird und zukünftig ein Kernthema in den Beschaffungsorganisationen einnehmen wird.

Viele Potenziale liegen im Einkauf noch brach und sind noch nicht voll ausgeschöpft. Hier haben die TOP-Unternehmen **klar erkennbaren Verbesserungsbedarf**, hinsichtlich risikoorientiertem Beschaffungsmanagement, Financial Supplier Analysis, strategischem Beschaffungsmanagement und einem effizientem Umgang bzw. Aufbau von Lieferantenpartnerschaften.

1 Siehe dazu auch Theuermann, Christian/Forstinger, Monika (2014): Potenziale, Bedeutung und zukünftige Entwicklungen des Beschaffungsmanagements - Bestandserhebung zum Risikomanagement im Einkauf bei den TOP-500 Unternehmen in Österreich, Graz 2014

- 2 Vgl. Large, Rudolf O. (2013): Strategisches Beschaffungsmanagement - Eine praxisorientierte Einführung mit Fallstudien, 5. Auflage, Wiesbaden, Springer Gabler, S. 4 ff.
- 3 Datenbasis: TOP 500, trend SPEZIAL, Juni 2014
- 4 Arnold, U. (1997): Beschaffungsmanagement, 2., überarb. u. erw. Aufl., Stuttgart, Schaeffer-Poeschel, S. 3
- 5 Siehe dazu O'Brien, Jonathan (2012): Category management in purchasing: a strategic approach to maximize business profitability, 2nd ed., London, Philadelphia, Kogan Page Limited, S. 23 ff.

DI Dr. Monika Forstinger ist geschäftsführende Gesellschafterin der .proquest Riskmanagement GmbH mit mehr als 25jähriger Berufstätigkeit, als Univ.-Assistentin, im öffentlichen Dienst, leitenden Positionen in der Papierindustrie sowie als Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie. Prof. (FH) DI Dr. Christian Theuermann ist Professor an der Fachhochschule CAMPUS 02 in Graz und Fachbereichskoordinator für Transferkompetenz an der Studienrichtung Rechnungswesen & Controlling mit langjähriger Industrieerfahrung in leitender Position und Autor zahlreicher einschlägiger Publikationen.



© presstext.at

Herwig W. Schneider

Die internationale Konjunkturlage

Zur Jahresmitte 2015 bleibt die internationale Konjunkturlage von erheblichen Unsicherheiten bestimmt, wenn auch insgesamt die Anzeichen einer mittelfristigen konjunkturellen Festigung vorherrschen. In ihrer jüngsten Aussendung zur globalen Wirtschaftslage hat die OECD hinsichtlich der Weltwirtschaft von einem Sich-Durchwursteln („muddling-through“) geschrieben.

Der jüngste „Economic Outlook“ der OECD (Juni 2015) berücksichtigt, dass das Wachstum der Weltwirtschaft im ersten Quartal 2015 - überraschender Weise - geringer ausgefallen ist als in irgendeinem anderen Quartal seit der Wirtschaftskrise. Ursache dafür war insbesondere eine schwache Wirtschaftsentwicklung in den USA. Obwohl die Wachstumsschwäche im ersten Quartal als vorübergehend angesehen wird, musste dennoch die **Prognose für das Jahreswachstum der Weltwirtschaft 2015** um rund einen halben Prozentpunkt auf 3,1 % zurückgenommen werden. Damit bleibt die Wachstumsrate hinter jener des Jahres 2014 zurück. Etwas zuversichtlicher ist der Internationale Währungsfonds (IMF), der in seinem Prognose-Update vom Juli 2015 für das laufende Jahr ein globales Wachstum von 3,3 % erwartet.

Generell sehen alle Prognosen (Internationaler Währungsfonds, OECD, EU-Kommission) eine **Verstärkung des Wachstums im Jahr 2016**. Angesichts der bestehenden Unsicherheiten und der vielfachen Prognosefehler in den letzten Jahren muss dies mit einiger Vorsicht gesehen werden. Die OECD ist aber sogar der Ansicht, dass gegen Ende 2016 die Wachstumslinien wieder das Niveau vor der Krise des Jahres 2008 erreichen könnten.

Besonders deutlich wurden die Wachstumsaussichten 2015 der USA zurückgestutzt: Statt um gut drei Prozent, soll die US-Wirtschaft im Jahr 2015 nur noch um 2,0 % wachsen. Die Revision der quartalsweisen Wachstumsraten per Ende Mai hat für das erste Quartal 2015 eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung um 0,7 % ergeben. Während Ökonomen normalerweise zumindest im Nachhinein erklären können, warum eine bestimmte Entwicklung eingetreten ist, sind die Erklärungen für den Rückschlag der US-Wirtschaft wenig greifbar: Die Aufwertung des Dollar gegenüber dem Euro hat sicherlich eine Rolle gespielt, ein Streik

in den wichtigsten Häfen der Westküste mag auch die Entwicklung behindert haben; und schließlich gab es einen relativ kalten, strengen Winter. All diese Gründe sollten aber in einer starken, stabilen Konjunkturlandschaft die US-Volkswirtschaft nicht aus der Bahn werfen, was im Umkehrschluss bedeutet: Das US-Wachstum läuft nicht so stabil wie erhofft. Auch die jüngst von der OECD veröffentlichten „Leading Indicators“ der US-Volkswirtschaft weisen auf erkennbare Abschwächungstendenzen.

Die zweitgrößte Volkswirtschaft - beziehungsweise nach Kaufkraftparitäten gerechnet seit Ende 2014 größte Volkswirtschaft - ist China. Zusammen mit den anderen, großen Emerging Economies hat China eine besonders wichtige Bedeutung für die Entwicklung der Exporte der Industrieländer. Daher blicken Ökonomen und Unternehmen immer mit Hoffnung und Besorgnis nach China, ob das robuste Wachstum auch anhält. Es hält an, beruhigen IMF und OECD in ihrem jüngsten Prognosen: Um 6,8 % sollte die chinesische Volkswirtschaft heuer wachsen, nur relativ geringfügig schwächer als im Jahr zuvor. Allerdings zeigen auch für China die „Leading Indicators“ einen Wachstumsrückgang, sodass die jüngste Prognose von gewissen Abwärtsrisiken begleitet wird.

Wirtschaftslage Europas

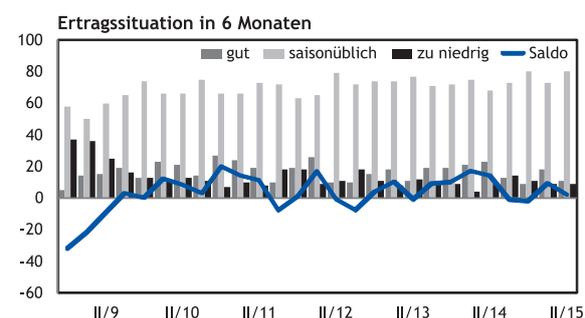
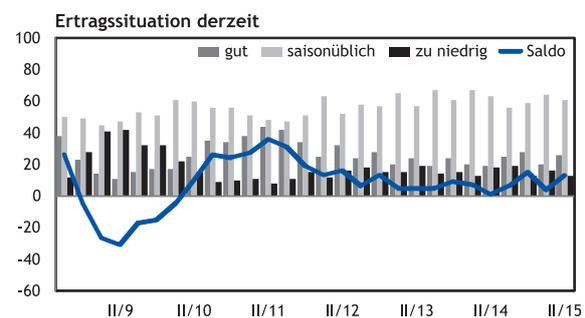
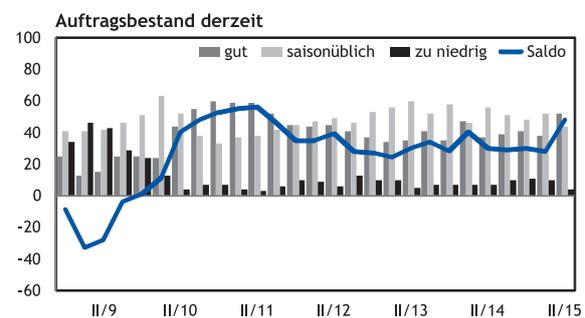
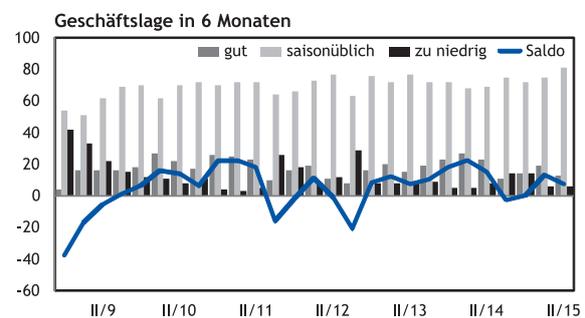
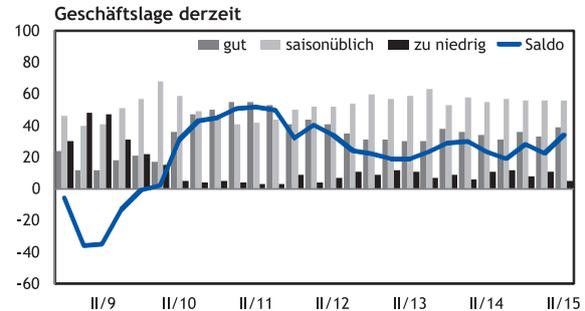
Für Russland erwartet der IMF im laufenden Jahr eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung um 3,4 %, was gegenüber der vorherigen Schätzung aus dem April 2015 (- 3,8 %) eine leichte Verbesserung darstellt - wohl weil der Öl- und Gaspreis etwas zugelegt hat. Überraschend ist, wie wenig die **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer** von der wirtschaftlichen und politischen Krise um die Ukraine und Russland berührt sind: Diese elf Länder (Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn) konnten im Jahr 2014 ein Wirtschaftswachstum von 2,8 % erzielen, im laufenden Jahr sollte sogar eine kleine Steigerung auf 3,0 % möglich sein. Der **robuste Wachstumskurs** wird in den Jahren 2016 und 2017 - laut Prognose des angesehenen Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche - eine Fortsetzung finden.

Der **Euroraum** profitiert im laufenden Jahr von zwei gewaltigen Konjunkturprogrammen: Einer deutlichen Verringerung des Ölpreises, die dem stark von Energieimporten abhängigen Euroraum naturgemäß mehr zugutekommt als beispielsweise den USA; und einer spürbaren Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, der nicht nur im bilateralen Handel mit den USA zu Vorteilen führt, sondern auch auf Drittmärkten.

Für das laufende Jahr haben sich die Wachstumsprognosen aller großen, internationalen Prognoseinstitute für den Euroraum bei 1,5 % eingependelt. Die „**Leading Indicators**“ der OECD für den Euroraum weisen mit zunehmender Dynamik nach oben. Daraus erwächst auch ein zunehmender Optimismus für das Jahr 2016: Die Wachstumsrate der Eurozone sollte sich gegen (laut IMF) oder gar über zwei Prozent (OECD) schieben. Aufgrund kräftiger Wachstumsraten in den Nicht-Euro-Ländern Großbritannien, Schweden und mehreren EU-Mitgliedsländern in Mittel-Osteuropa liegt das EU-Wachstum sowohl im laufenden wie im kommenden Jahr um zwei bis drei Zehntelpunkte über jenem des Euroraums.

Das zunehmende Wachstum hält in Europa offenbar Einzug, obwohl die öffentliche - medial verstärkte - Stimmung vielfach noch immer im Krisenmodus steckt: Einerseits wird dies geprägt durch verschiedene politische Ereignisse, mit kriegerischen Auseinandersetzungen in der südlichen Nachbarschaft Europas (von Nordafrika bis in den Nahen Osten) und der ungelösten, immer wieder zur Eskalation neigenden Ukraine-Russland-Krise; und andererseits befindet sich der Euroraum in permanenter Anspannung aufgrund der Dauerkrise in und um Griechenland. Bei nüchterner Betrachtung ist festzuhalten, dass diese Krisen kurzfristig in ihren ökonomischen Auswirkungen auf die Gesamtentwicklung Europas oder des Euroraums von überschaubarer Bedeutung sind, wobei man allerdings die **mittel- und langfristigen Auswirkungen einer Dauerkrise zwischen der Ukraine und Russland und einer angespannten Lage zwischen der Europäischen Union und Russland** nicht unterschätzen sollte.

Unter einem Prozent Wachstum weisen im laufenden Jahr nur noch Italien (allerdings zuletzt ebenfalls mit erstarkenden „Leading Indicators“) und Österreich auf, sowie die eng verbundenen Volkswirtschaften von Griechenland und Zypern. Diese Aufstellung zeigt, dass Österreich in kurzer Zeit durchgereicht wurde, von einer der wachstumsstärksten Volkswirtschaften in Europa zur Gruppe der Wachstumsnachzügler.



Europäische Konjunkturumfragen

Der EU „**Business and Consumer Survey**“ zeigt weiter eine stabile Entwicklung: Seit eineinhalb Jahren liegt der Gesamtindikator für den Euroraum im positiven Bereich, somit also über dem langjährigen Durchschnitt. Allerdings kann er sich nicht spürbar von dieser Durchschnittslinie absetzen und signalisiert somit keinen entscheidenden Ausbruch hin zu höheren Wachstumsraten.

Deutlich unter den langjährigen Durchschnittswerten liegen die Einschätzungen erwartungsgemäß in Griechenland, zudem in Finnland und Estland sowie in Österreich und in Luxemburg. Nach **Wirtschaftssektoren** analysiert zeigen insbesondere Einzelhandel und Haushalte sowie - etwas abgeschwächt - die Industrie eine positive Einschätzung, auch der Dienstleistungsbereich konnte zuletzt über den langjährigen Durchschnittswert klettern. Weiterhin als unbefriedigend wird in den meisten Ländern die Lage seitens der Bauwirtschaft eingeschätzt. Innerhalb der Einzelkom-

ponenten der Einschätzung der Industrie bleibt die erwartete Entwicklung der Verkaufspreise deutlich negativ - was entsprechende negative Auswirkungen auf Ertrag und damit auch die Investitionsbereitschaft nach sich zieht.

Das jüngste **IV-Konjunkturbarometer**¹ aus dem Juli 2015 zeigt eine nur leichte Verbesserung der Einschätzung der österreichischen Industrie: Für eine konjunkturelle Aufschwungphase sind die festgestellten Verbesserungen atypisch gering. Die überaus bescheidenen Einschätzungen hinsichtlich der Ertragsentwicklung lassen ein substantielles, die Konjunktur tragendes Ansteigen der Industrieinvestitionen in Österreich nicht erwarten.

1 An der jüngsten Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung haben sich insgesamt 406 Unternehmen mit rund 250.000 Beschäftigten beteiligt.

DDr. Herwig W. Schneider ist Geschäftsführer des IWI und Mitherausgeber von „industrie aktuell“.

Manfred Engelmann



Industriekonjunktur: Noch keine Aufhellung in Sicht, Nachfrage bleibt schwach

Im Jahr 2014 erwirtschaftete die österreichische Industrie einen Produktionswert von 144,6 Milliarden Euro (Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik; Sonderauswertung nach Kammersystematik, vorläufige Daten). Gegenüber dem vorangegangenen Jahr reduzierte sich die **Industrieproduktion** um nominell 2,6 %. Real (bereinigt um den Verbraucherpreisindex HVPI) ergab dies ein Produktionsminus von 4,0 %.

Seit Österreichs Beitritt zur EU im Jahr 1995 wies die Industriekonjunktur vier Mal ein Sinken ihrer Produktion aus (2002: - 1,3 %; 2009: - 16,8 %; 2013: - 1,2 % und 2014: - 2,6 %).

In den ersten drei Monaten 2015 setzte sich der Rückgang bei der Industrieproduktion mit - 1,7 % weiter fort. In der Quartalsbetrachtung ging die Industrieproduktion damit zum siebten Male in Folge zurück.

Innerhalb der heimischen Industrie konnten im abgelaufenen Jahr 2014 insgesamt acht Branchen, nämlich Bergwerke/Stahl, Glas, Chemie, Propak (Waren aus Papier und Karton), Textil/Bekleidung/Schuh/Leder, Gießereien, Fahrzeuge sowie Elektro/Elektronik ihre Produktion ausbauen, während die restlichen Branchen das vorjährige Produktionsniveau nicht erreichen konnten.

Der **Produktionsindex** der österreichischen Industrie betrug 2014 im Jahresdurchschnitt 105,0 (Basis 2010 = 100). Gegenüber dem Vorjahr ging der Industrieindex um 1,3 % zurück, wobei er im vierte Quartal 2014 den stärksten Rückgang auswies (1. Quartal: - 0,7 %; 2.Quartal: - 0,4 %, 3. Quartal: - 1,1 %, 4. Quartal: - 2,6 %).

Die um die Storni bereinigten **Auftragseingänge** der Industriebetriebe betrugen im abgelaufenen Jahr

2014 insgesamt 86,5 Milliarden Euro. Gegenüber dem Jahr davor reduzierten sie sich um nominell 2,6 %, wobei die inländischen Auftragseingänge um 7,6 % auf 23,6 Milliarden Euro zurückgingen und die Auslands-Auftragseingänge ein kleines Minus von 0,6 % auf 62,9 Milliarden Euro zeigten.

Im ersten Quartal 2015 ging nicht nur die Produktion zurück, sondern auch die Industrie-Auftragseingänge konnten ihr Vergleichsniveau zur Vorjahresperiode nicht halten. Die inländischen Aufträge reduzierten sich im Zeitraum Jänner bis März 2015 um 8,4 % und die ausländischen um 1,6 %, insgesamt lag somit der Rückgang bei 3,4 %.

Die Industriebeschäftigten

Die Anzahl des Eigenpersonals in den österreichischen Industriebetrieben sank im Jahresdurchschnitt 2014 um 1,8 % beziehungsweise um rund 7.100 Personen auf 397.757 Arbeitnehmer und lag damit auf dem Beschäftigtenstand des Jahres 2010. Die Anzahl der Arbeiter ging im vergangenen Jahr 2014 um 2,5 % auf 221.232 zurück, die Anzahl der Industrieangestellten reduzierte sich um 0,8 % auf 162.112 Personen.

Zählt man zum Eigenpersonal das in der Industrie tätige Fremdpersonal (23.779 Personen) hinzu, so wies der **Gesamtbeschäftigtenstand** im Jahr 2014 insgesamt 421.535 Arbeitnehmer aus, ein Minus von 1,5 % zum Stand des vorangegangenen Jahres.

Im ersten Quartal 2015 blieb die Anzahl des Eigenpersonals der Industriebetriebe mit - 0,1 % nahezu unverändert. Der Fremdpersonalstand ging in den ersten drei Monaten 2015 um - 2,6 % zurück, das Gesamtpersonal reduzierte sich um - 0,3 %.

Österreichs Exporte

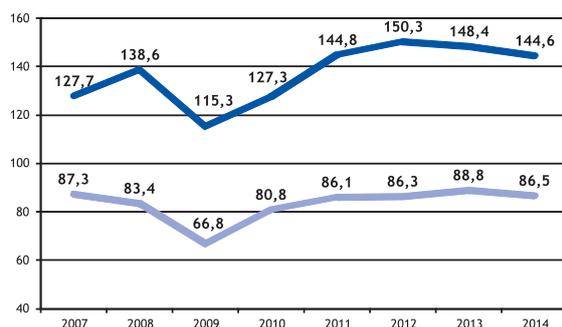
Im Gesamtjahr 2014 verzeichneten die heimischen **Ausfuhren** weltweit mit insgesamt 128,1 Milliarden Euro (endgültige Außenhandelsergebnisse der Statistik Austria) ein nominelles Plus von 1,8 %. Die Einfuhren gingen in derselben Periode um 0,7 % auf 129,8 Milliarden Euro zurück. Die Versendungen Österreichs in die restlichen 27 EU-Mitgliedsländer erhöhten sich 2014 um 1,45 Milliarden Euro bzw. um 1,7 % auf insgesamt 88,2 Milliarden Euro (= 69 % der Gesamtausfuhren). Die Exporte in die EFTA stiegen um 4,1 % auf 7,7 Milliarden Euro an, jene ins Übrige Europa gingen hingegen um 7,7 % auf 6,3 Milliarden Euro zurück (-8,0 % nach Russland, - 24,9 % in die Ukraine, - 3,0 % in die Türkei).

Die Lieferungen nach Asien vergrößerten sich im Gesamtjahr 2014 um 2,4 % auf 12,2 Milliarden Euro sowie nach Nordamerika um 10,2 % auf 8,8 Milliarden Euro. Nach Mittel- und Südamerika hingegen reduzierten sich die österreichischen Ausfuhren um 3,9 % auf 2,2 Milliarden Euro.

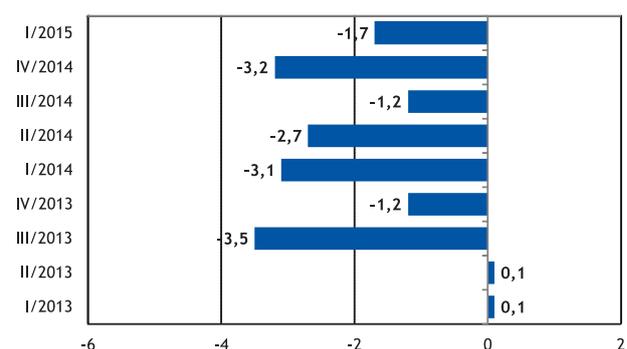
Österreichs Warenlieferungen nach Deutschland erhöhten sich 2014 nur gering (um 0,6 %) auf 38,1 Milliarden Euro. Nach Italien stagnierten die Lieferungen bei 8,2 Milliarden Euro (+ 0,1 %). Nach Frankreich konnten 2014 um 5,9 % mehr österreichische Waren geliefert werden als im Vorjahreszeitraum. Positiv entwickelten sich die Warenlieferungen in unsere Nachbarländer Slowenien (+ 1,1 %), Slowakei (+ 4,0 %) sowie Ungarn (+ 11,4 %).

In den ersten drei Monaten 2014 wiesen die heimischen Ausfuhren eine Steigerung um 2,6 % auf 31,3 Milliarden Euro aus. Die Lieferungen in die EU 28 erhöhten sich nach vorläufigen Ergebnissen um 3,1 % auf 21,1

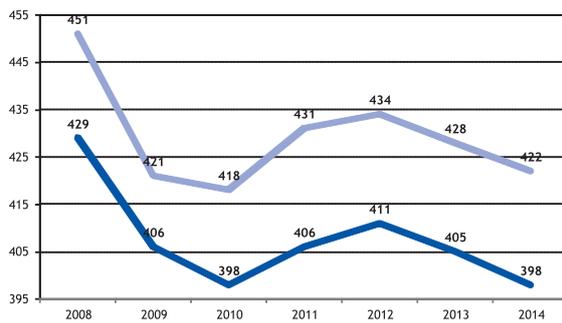
Österreichs Industrie
Produktion und Auftragseingänge
Gesamtjahr in Milliarden Euro



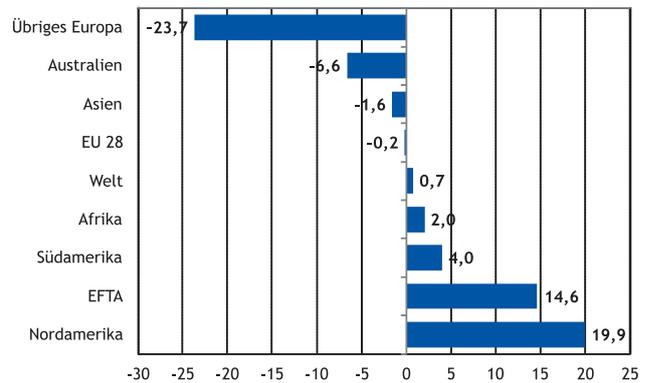
Österreichs Industrie
Abgesetzte Produktionswert
Nominelle Veränderung z. Vorjahresquartal in %



Österreichs Industrie
Beschäftigte: **Eigenpersonal** sowie **Gesamtpersonal**
Anzahl absolut, in 1.000



Österreichs Industrie
Exporte im 1. Quartal 2015
Nach Wirtschaftsblöcken, nominelle Veränderung zum Vorjahresquartal in %



Milliarden Euro, während sie in die EFTA um 3,1 % und in das Übrige Europa um 2,9 % zurückgingen. Nach Nordamerika stiegen die österreichischen Exporte im ersten Quartal 2014 um 3,6 % auf mehr als zwei Milliarden Euro an, nach Asien sogar um 7 % auf fast drei Milliarden Euro.

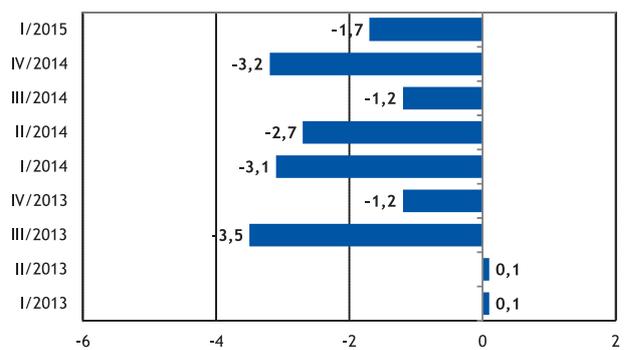
Konjunktüreinschätzungen der Industriefachverbände über das 2. Quartal 2015

Die von der Bundessparte Industrie durchgeführten Konjunktüreinschätzungen der Industriefachverbände betreffend die Merkmale „Produktion“, „Auftragseingänge“ sowie „Beschäftigte“ zeigen für das zweite Quartal 2015 noch keine Belebung der sehr verhaltenen Industriekonjunktur.

Bei der Produktion ergibt der Saldo der erfassten 15 Fachverbandseinschätzungen „steigend“ minus „fallend“ das Ergebnis „-1“, wobei 80 Prozent der Fachverbände eine gleichbleibende Entwicklung erwartet. Die beiden Fachverbände Stein/Keramik sowie Textil/Bekleidung/Schuh/Leder rechnen mit einem Produktionsrückgang, eine Branche - die Maschinen- und Metallwarenindustrie - sieht hingegen eine positive Entwicklung.

Die Einschätzung der Auftragseingänge für das zweite Quartal 2015 fällt in keinem Fachverbände positiv aus, 14 Fachverbände erwarten eine gleichbleibende

Österreichs Industrie
Abgesetzte Produktionswert
Nominelle Veränderung z. Vorjahresquartal in %

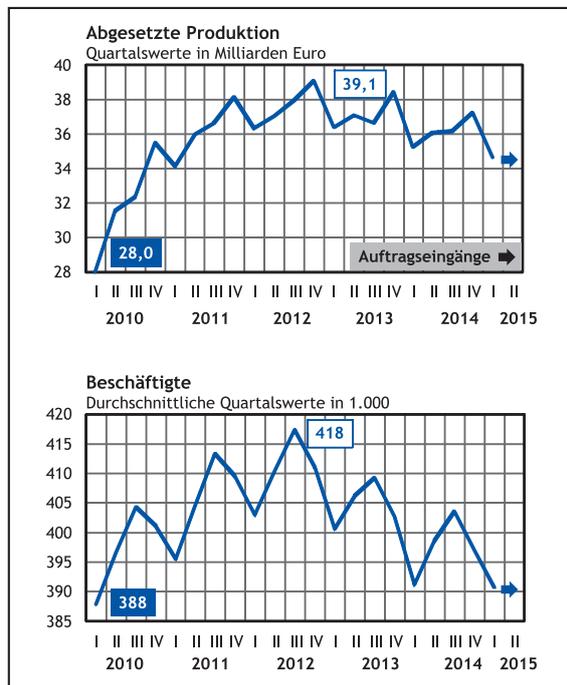


Entwicklung, die Bauindustrie einen Rückgang. Der Saldo beträgt somit „- 1“.

Bei den Beschäftigten ergibt sich ebenfalls ein Saldo von „- 1“, wobei 14 der 15 Industriebranchen mit einer gleichbleibenden Beschäftigtenentwicklung rechnen (Ausnahme: Holzindustrie, die eine Abnahme erwartet).

Dr. Manfred Engelmann ist Geschäftsführer der Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich.

Gesamtindustrie



Nach zwei Jahren (2013 und 2014) mit sinkender Industrieproduktion setzte sich auch in den ersten Monaten des Jahres 2015 der Rückgang der Industrieproduktion fort. Die ebenfalls sinkenden Auftragseingänge lassen eine rasche Wende zum Besseren nicht erwarten.

Erwartungsgemäß sind die Konjunkturschätzungen der Industriefachverbände für das zweite Quartal von großer Vorsicht geprägt: Überwiegend wird hinsichtlich Produktion, Auftragseingängen und Beschäftigten keine Verbesserung gegenüber den relativ schwachen Vorjahreszahlen erwartet. Allenfalls kann positiv gesehen werden, dass nur noch vereinzelt mit Produktionsrückgängen und/oder weiter rückläufigen Auftragseingängen gerechnet wird.

Erläuterung

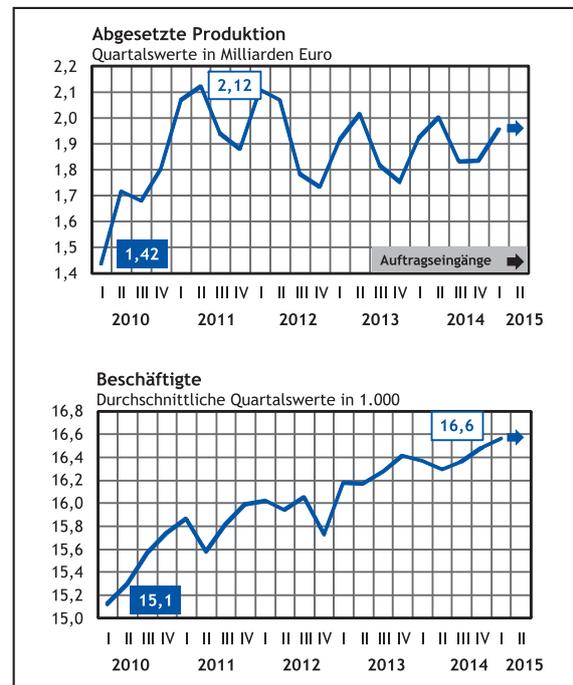
Abgesetzte Produktion: Güterliste 1 (Physische Produkte und produktionsnahe Dienstleistungen) und Güterliste 2 (Dienstleistungen im weiteren Sinne; insbesondere Handelsleistungen)

Beschäftigte: Unselbstständig Beschäftigte (ohne Fremdpersonal)

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik; Sonderauswertung nach Fachverbänden im Auftrag der WKÖ

Die Entwicklung der Produktion, Auftragseingänge und Beschäftigung beruht auf einer qualitativen Einschätzung des jeweiligen Fachverbandes.

Bergwerke und Stahl

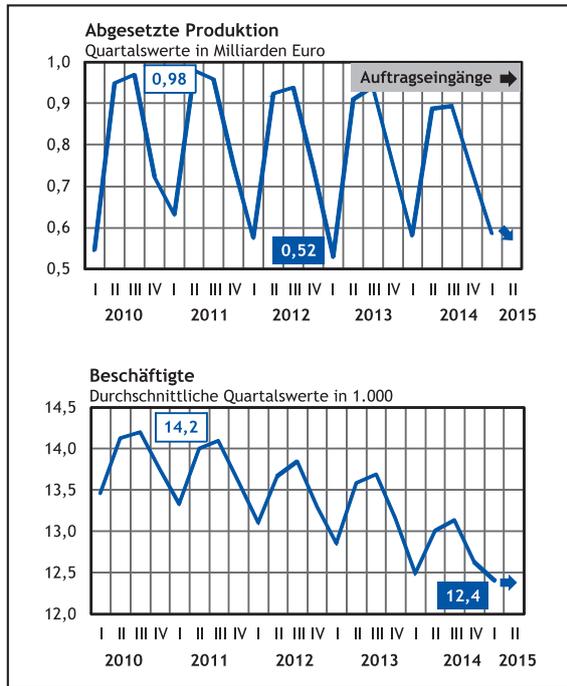


Im zweiten Quartal 2015 sind die Betriebe des österreichischen Bergbaus und der Stahlindustrie weiterhin mit einer angespannten Marktlage konfrontiert. Investitionen werden nur für Ersatz beziehungsweise Reparaturen getätigt. Die Zahl der Beschäftigten ist unverändert.

Auf Grund der weiterhin gedämpften Konjunktorentwicklung in den nachgelagerten Industriebranchen melden die österreichischen **Bergwerke** eine leicht sinkende bis unveränderte Auftragslage und Förderung. Die Rohstoffpreisentwicklung ist leicht rückläufig. Wie schon im Vorquartal ist der Eisenerzbergbau auf Grund der für die Stahlindustrie günstigen Rohstoffpreisentwicklung und Verbesserungen bei der Vorsortierung weiterhin steigend.

Bei der österreichischen **Stahlindustrie** liegt die Produktion von Rohstahl etwa auf dem Vorjahresniveau. Leicht positiv ist die Entwicklung bei der Automobilzulieferindustrie, der Maschinenindustrie und der Flugzeugindustrie. Durch den gesunkenen Rohölpreis fehlen jedoch Aufträge bei den Ölfeldrohren. Ebenso ausgeblieben sind die Aufträge aus der Bauindustrie. In der kürzlich abgehaltenen Pressekonferenz der voestalpine wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Standortfrage in den nächsten zwei bis drei Jahren auf Grund des „end of life“ der Hochöfen eine wesentliche Rolle spielen wird: Man erwägt die Investitionen in Drittstaaten zu forcieren. Auch aus der heimischen Feuerfest-Industrie kommen Hinweise auf eine schleichende Produktionsverlagerung nach China beziehungsweise Indien.

Stein- und keramische Industrie

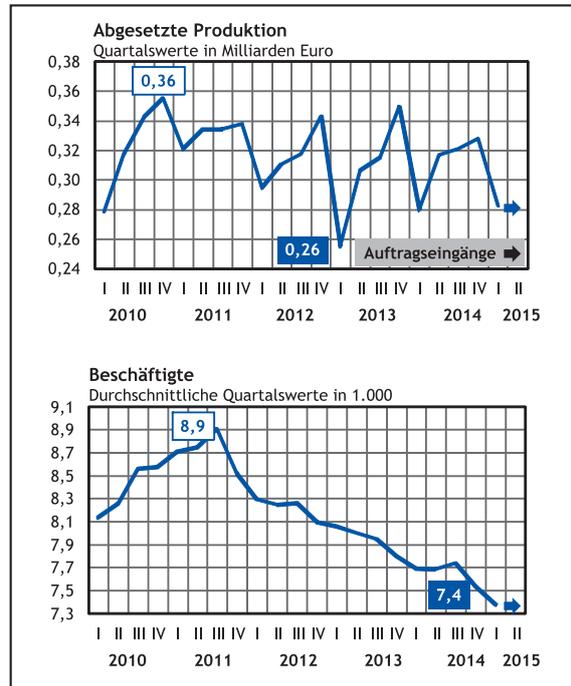


Die **Auftragslage** in der Stein- und keramischen Industrie ist regional stark unterschiedlich und reicht von gut (Oberösterreich) bis stark rückläufig (Kärnten), wobei die Nachfrage aus dem Hochbau generell besser als aus dem Tiefbau läuft. Nach einem schlechten Start zu Jahresbeginn hat sich die **Produktion** im zweiten Quartal 2015 erhöht, liegt aber maximal auf Vorjahresniveau. Aus heutiger Sicht wird auch für das Gesamtjahr ein Produktionsvolumen maximal auf Vorjahresniveau erwartet, wobei die Bereiche Putz/Mörtel und Zement ein geringeres Produktionsvolumen, die Bereiche Naturstein, Ziegel, Kalk und Beton ein bestenfalls gleichbleibendes und die Bereiche Sand/Kies und Gips ein stabiles Volumen erwarten lassen. Die **Exportsituation** ist bei Schleifmitteln und Feuerfestprodukten gut, bei Feinkeramik unterschiedlich.

Laut Baukostenindex der Statistik Austria reduzierten sich im Frühjahr die **Kosten** für Baustahl, Bitumen und Treibstoffe. Gleichzeitig sind aber die **Preise** im Tiefbau stark unter Druck; im Hochbau ist Situation besser.

Die **Beschäftigungssituation** in der Branche ist relativ stabil. Ein wichtiger Impuls für die Baukonjunktur und damit **Investitionsentscheidungen** ist die Wohnbauoffensive der Bundesregierung.

Glasindustrie

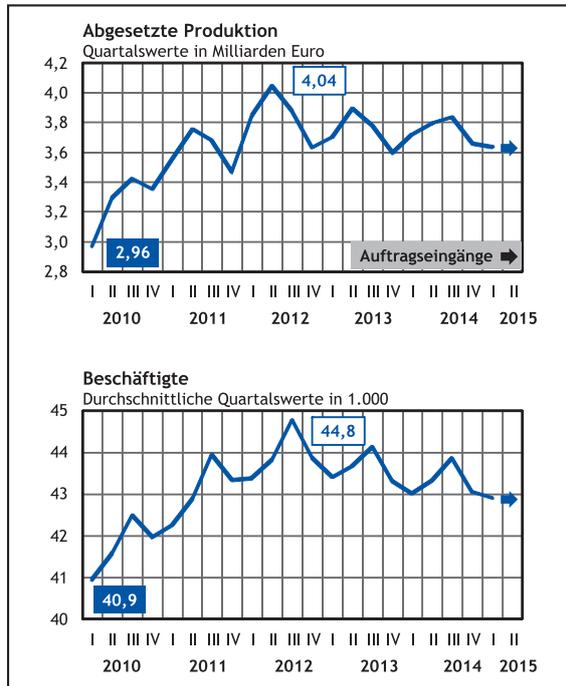


Die **Auftragseingänge** in der glasbe- und -verarbeitenden Industrie bleiben weiter rückläufig und der Auftragsstand befindet sich auf einem historischen Tiefstand. Der Planungshorizont für die **Produktion** beläuft sich derzeit auf durchschnittlich fünf Arbeitstage. Entsprechend stark ist auch der Druck auf die Verkaufs**preise**, den man bei der Auftragsvergabe von Hochbau-Projekten besonders spürt. Auch eine saisonbedingte Verbesserung der Auftragslage in den nächsten Monaten lässt keine positive Prognose ableiten, da die Ergebnisse weit unter denen des Vorjahresniveaus liegen werden.

Wirtschaftsglas kämpft mit rückläufigen Auftragseingängen und auch die Absätze im nordamerikanischen Raum sind bis jetzt hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Man bleibt dennoch zuversichtlich, dass sich die Ergebnisse zumindest auf Vorjahresniveau entwickeln werden. Der **Schmuckbereich** hat sich in den ersten Monaten konstant entwickelt und profitiert bei Exporten vom günstigen Wechselkurs des Dollar und Schweizer Franken. Dennoch liegen die Ergebnisse weit hinter denen historischer Zahlen.

Für die Produzenten von **Verpackungsglas** ist das erste Halbjahr zufriedenstellend verlaufen. Allerdings zeichnet sich jetzt schon ab, dass 2015 ein schwieriges Jahr wird: Auch wenn Absatz und Menge derzeit stimmen, zeichnet sich kostenseitig ein anderes Bild ab. Den enormen Preisdruck kann man nur durch erhöhte Stückzahlen ausgleichen. Darüber hinaus werden heuer erstmals die kostenseitigen Auswirkungen des Energieeffizienzgesetzes schlagend.

Chemische Industrie

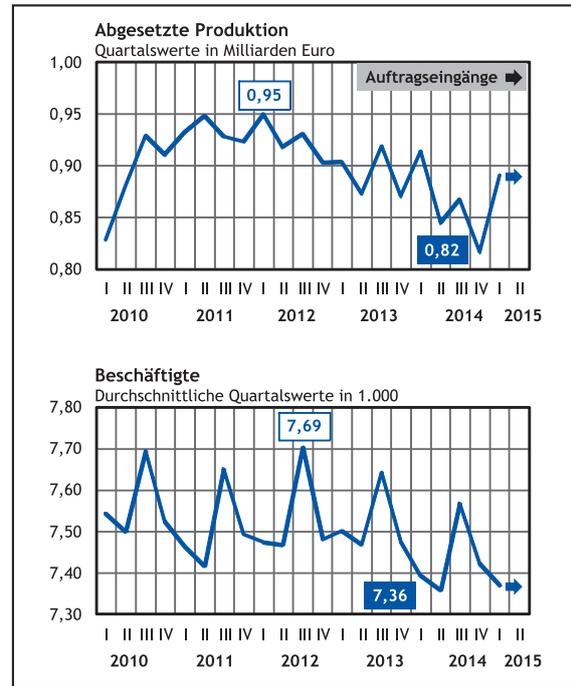


Die ersten Monate 2015 haben für die chemische Industrie eine relativ zufriedenstellende Mengenentwicklung, gleichzeitig aber einen **Umsatzrückgang** um 3,3 % gebracht. Grund dafür ist, dass die Verkaufspreisen - vor allem bei Grundchemikalien - stark unter Druck geraten sind. Besonders die Inlandsnachfrage hat ausgelassen und gab um 8 % nach, aber auch die **Exporte** waren leicht rückläufig (-2 %).

Einige Branchen, wie die Kunststoffverarbeitung, hätten mehr Dynamik entwickelt, wurden aber durch Engpässe bei der Rohstoffversorgung eingebremst. Der sprunghafte **Preisanstieg** der knappen Vormaterialien warf alle Kalkulationen über den Haufen und beeinträchtigte die Lieferfähigkeit der Verarbeiter. Die Stimmung in der Gesamtbranche ist mit „vorsichtig optimistisch“ zu bezeichnen, wobei die Betonung auf „vorsichtig“ liegt. Da sich die Auslandsnachfrage (vor allem vom wichtigsten Handelspartner Deutschland) besser entwickelt als der heimische Markt, geht der Fachverband für 2015 von einem leichten Anstieg der Chemieproduktion aus - dem die Umsatzentwicklung aber nicht folgen können. Die Chemie wird sich also voraussichtlich auch 2015 im Seitwärtsgang bewegen.

Bei den **Investitionen** ist die Branche vorsichtig: Getätigt werden Ersatzinvestitionen, bei Erweiterungen ist man zurückhaltend und nützt die besseren Standortvoraussetzungen in Amerika und Fernost. Die chemische Industrie bietet 42.800 Menschen einen Arbeitsplatz, die Zahl der **Beschäftigten** in der Branche ist im Vergleich zum Vorjahr in etwa gleichgeblieben.

Papierindustrie



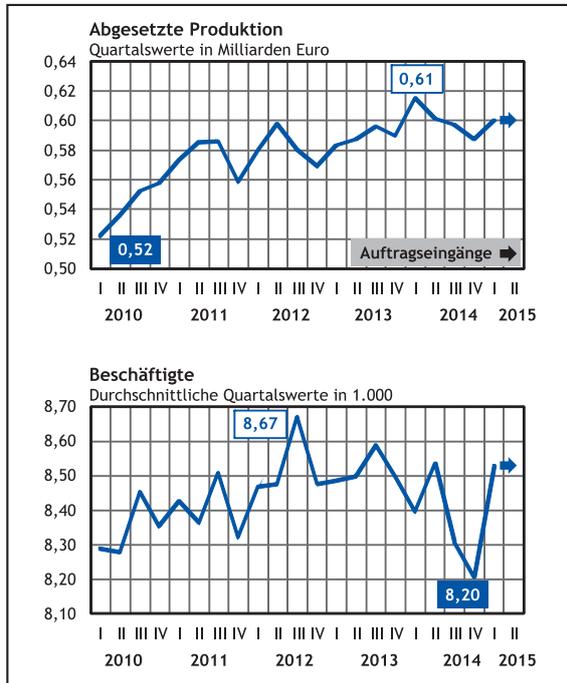
Seit einem Höhepunkt 2007 geht die Herstellung von Papier in Österreich tendenziell zurück. 2014 lag die **Produktion** jedoch knapp über dem Vorjahr (+0,6 %), bei Zellstoff ging die Menge wegen technischer Umbauten an Anlagen zurück (-2,2 %). In den ersten beiden Quartale 2015 wächst Papier weiter (+0,5 %), im Bereich Zellstoff sind die Projekte noch nicht abgeschlossen. Trotz des Mengenwachstums sind die Erlöse der Branche leicht rückläufig.

Das **Preisniveau** bei Holz und Altpapier war im ersten Halbjahr weitgehend stabil. Der Zellstoffpreis der Referenz-Sorte NBSK war seit 2012 steigend, ging Ende des zweiten Quartals 2015 aber auf 860 Dollar zurück. Das zur Herstellung benötigte Industrieholz wird in Österreich durch Holzverbrennung zunehmend knapp. Die Branche pocht auf die Umsetzung einer nationalen, kaskadischen Nutzungsstrategie - die jüngst von einer UBA-Studie unterstützt wurde.

Notwendige Effizienzsteigerungen an vielen Standorten führen zu einem weiteren Rückgang der **Beschäftigtenzahlen**. **Investitionen** finden hauptsächlich zum Erhalten des Stands der Technik statt. Große Projekte laufen derzeit in den Werken Pöls (Sulfat-Zellstoff) und Gratkorn (Sulfit-Zellstoff).

Nach der „Roadmap 2050“ der europäischen Papierindustrie (CEPI) wurde das TwoTeam-Projekt mit Ideen für technische Innovationen gestartet. Dazu haben sich mittlerweile Konsortien zur kommerziellen Umsetzung gebildet. Zur Industriepolitik in Österreich meldet sich der Branchenverband Austropapier regelmäßig zu Wort.

PROPAK - Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton



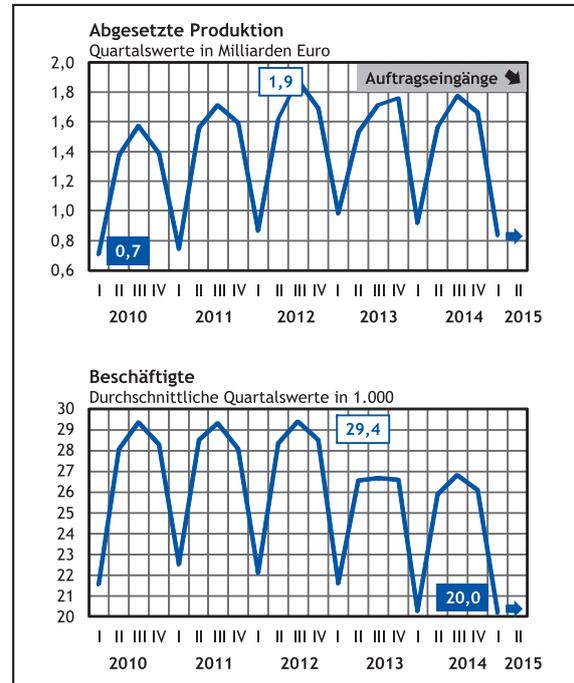
Die **Auftragslage** der Branche ist unverändert schwierig und wechselhaft; insgesamt wird für das zweite Quartal eine geringe Steigerung um 0,5 % erwartet. Die **Produktion** stagniert, einem minimalen wertmäßigen Zuwachs (+ 0,1 %) steht eine ebenso geringe Abnahme der mengenmäßigen Produktion (- 0,1 %) gegenüber. Die **Exporte** sind leicht rückläufig, und zwar wertmäßig um 0,6 % und mengenmäßig um 1,1 %.

Die steigenden **Arbeitskosten** (nach der jüngsten Lohnrunde) und steigende Rohmaterialpreise sind für die im heftigen internationalen Wettbewerb stehende Branche schwierig umzusetzen.

Die Zahl der **Beschäftigten** musste gegenüber dem Vergleichszeitpunkt des Vorjahres um rund zwei Prozent reduziert werden; ein weiterer Rückgang ist infolge der angekündigten Schließung eines größeren Standortes zum Jahresende zu erwarten. Das **Investitionsklima** ist unverändert verhalten.

Für die Branche ist von essentieller Bedeutung, dass die Rahmenbedingungen mit der internationalen Wettbewerbssituation in Einklang gebracht werden. Insbesondere bedeutsam sind für die Branche die Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Senkung des administrativen Aufwands aus der Umweltbürokratie.

Bauindustrie



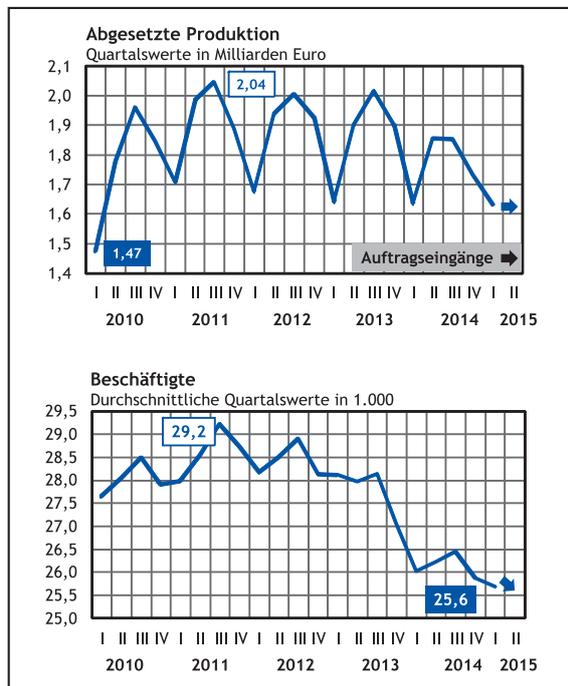
Laut WIFO Konjunkturtest ist die Stimmungslage in den Bauunternehmen im zweiten Quartal weiterhin eher negativ. Der Mangel an **Aufträgen** bleibt mit Abstand das wichtigste Produktionshemmnis.

Die Wachstumsprognosen für das laufende Jahr wurden auf etwa 0,5 % nach unten revidiert. Erst im Jahr 2016 wird wieder ein Zuwachs der Bauproduktion von deutlich mehr als einem Prozent erwartet.

Die Entwicklung der **Beschaffungskosten** für die wesentlichen, preisrelevanten Baustoffe ist derzeit weitgehend stabil.

Die Zahl der **Beschäftigten** in der Bauindustrie war im Vergleich der jeweils ersten Quartale 2014 und 2015 weitgehend unverändert. Für das zweite Quartal 2015 werden ebenfalls nur geringe Veränderungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres erwartet. Demgegenüber liegen die Arbeitslosenzahlen im Bauwesen im ersten Halbjahr 2015 wieder deutlich über jenen der Vorjahre.

Holzindustrie

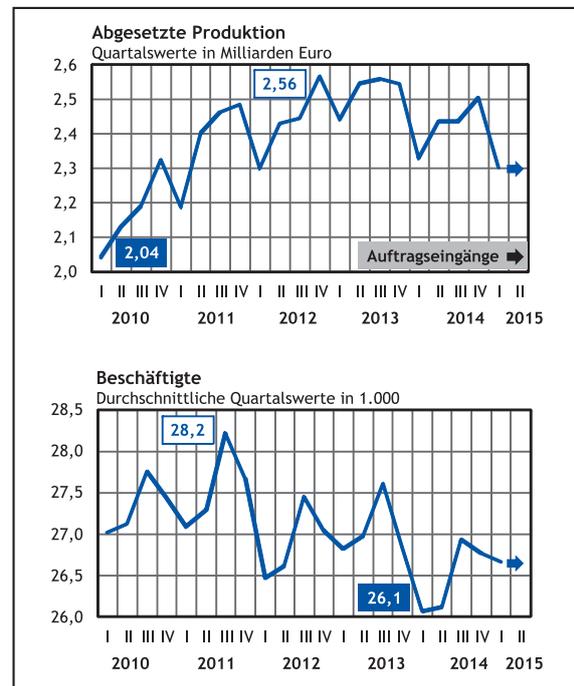


Die **Auftragslage** der Holzindustrie spiegelt eine leichte Konjunkturaufhellung außerhalb Österreichs wider. Die **Produktion** zeigt sich stabil auf niedrigem Niveau. Die schwache Baukonjunktur hat selbstverständlich Rückwirkungen auf einen Großteil der Produkte der Holzindustrie. Die **Gesamtexporte** entwickeln sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum relativ gut, wobei die nahe bei Österreich liegenden Exportmärkte gegenüber der günstigen Gesamtentwicklung zurück bleiben.

Die **Preise** stehen stark unter Druck. Vor allem wirken sich schwache Preise im Finalproduktbereich negativ auf die Vormaterialien, wie etwa Schnittholz, aus. Die gesunkenen **Energiekosten** haben zu einer leichten Entschärfung der Kostensituation beigetragen. Außerdem ist bei der Rohstoffversorgung eine Verbesserung in Sicht, die sich auch im Rundholzpreis widerspiegelt.

Die schwache Ertragslage zwingt Unternehmen zu größtmöglichen Einsparungsanstrengungen. Die **Beschäftigten**zahlen gehen - atypisch für die Holzindustrie - weiterhin zurück. Derzeit gibt es keine nennenswerten **Investitionen** in Österreich, eher sind Marktberichtigungen zu erwarten.

Lebensmittelindustrie

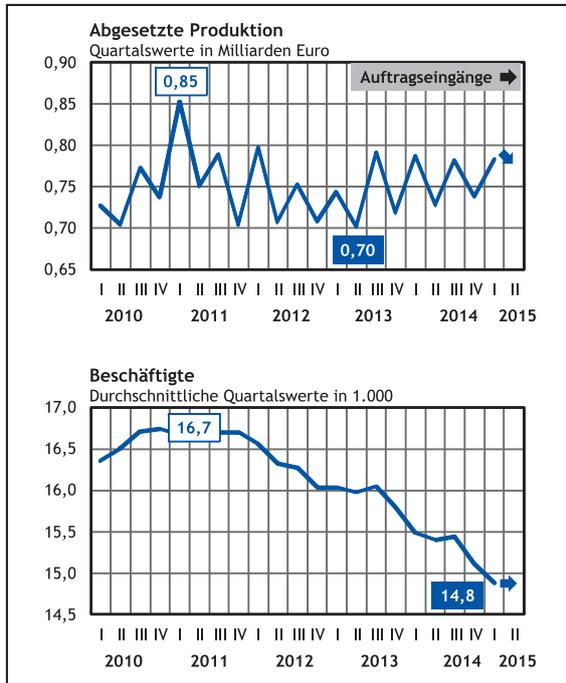


Weniger Mengennachfrage im Inland, ein konzentrierter Lebensmitteleinzelhandel - der mit Aktionen und Kundenbindungsprogrammen um Marktanteile kämpft - und ein schwieriges Exportgeschäft stellen die österreichische Lebensmittelindustrie vor große Herausforderungen. Zusätzlich sorgen gedämpfte Konjunkturerwartungen, der Rückfall Österreichs im internationalen Wirtschaftsvergleich, die hohe Arbeitslosenquote, ein erhöhter Wettbewerbsdruck und Währungsrisiken im Export sowie allgemein steigende Kosten für weiteren Ertragsdruck.

Für neue Wachstumsimpulse müssen die Unternehmen der österreichischen Lebensmittelindustrie in den Ausbau umsatzstarker Produktsegmente investieren und im Ausland neue, kaufkräftige Absatzmärkte erschließen. Ein gesättigter und hart umkämpfter Inlandsmarkt macht den Export von Lebensmitteln „Made in Austria“ bereits seit vielen Jahren unverzichtbar - dieser ist und bleibt Wachstumsmotor und sichert Arbeitsplätze in der österreichischen Lebensmittelindustrie.

Auf vielen Auslandsmärkten merkt man aktuell eine allgemeine Konsumverunsicherung. Nach einer nur gedämpften Exportsteigerung im Jahr 2014 (insgesamt + 2,4 %, in die Länder außerhalb der EU aufgrund der Ukraine/Russland-Krise gar ein Rückgang von 0,4 %) ist es daher im laufenden Jahr umso wichtiger, mit den Ministerien für Wirtschaft und für ein lebenswertes Österreich die Exportaktivitäten der Unternehmen im Rahmen von „go international“ und „Exportinitiative. NEU“ auf nahen und fernen Märkten zu unterstützen.

Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie



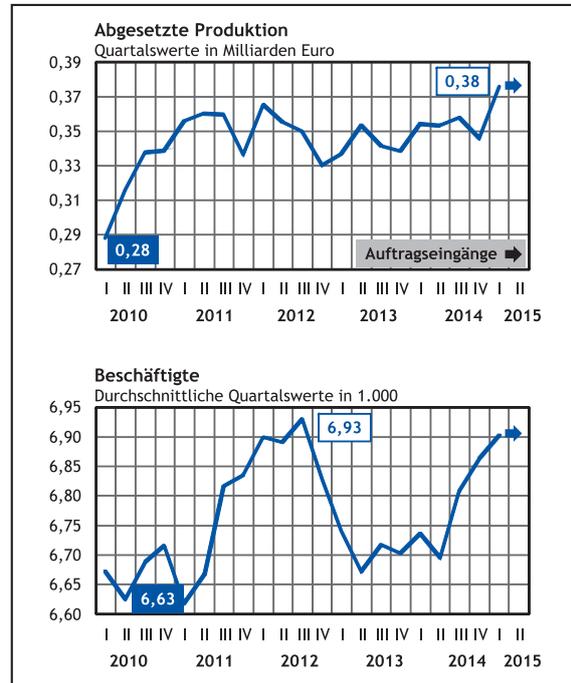
Die **Textilindustrie** hat sich insgesamt gut entwickelt. Der große Spinnereisektor in Österreich leidet weiterhin unter der weltweiten Überkapazität. Im Gegensatz dazu ist die Entwicklung im Webereibereich sehr positiv. Allgemein hat sich der Trend verstärkt, sich durch technische Innovationen von den Wettbewerbern abzuheben und auch in die Entwicklung von Technischen Textilien einzusteigen.

Aufgrund des vorsichtigen Orderverhaltens im Herbst 2014 ist in der **Bekleidungsindustrie** ein Rückgang der abgesetzten Produktion um 5 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Die Auftragsentwicklung für die Herbst-/Wintersaison 2015/2016 weist eine Steigerung von durchschnittlich 13,9 % aus. Angesichts der angespannten Kostenlage ist aber die Entwicklung der Ertragslage unsicher.

Die **Schuh- und Lederwarenindustrie** verzeichnet aufgrund der Ukraine/Russland-Krise eine rückläufige Auftragslage. Die Produktion im Inland - ein relativ kleiner Teil der Gesamtproduktion - verläuft aber stabil, auch die Beschäftigtenzahl im Inland ist gleichbleibend. Investitionen sind in Österreich auf die Mindestanforderungen reduziert und erfolgen größtenteils in den ausländischen Produktionsstätten.

In der **Ledererzeugenden Industrie** nimmt der Preisdruck aufgrund anhaltender Globalisierung der Automobilbranche weiter zu. Qualitative Kriterien werden zugunsten niedriger Teilepreise vernachlässigt. Beschaffung, Produktion und Vertrieb müssen auf internationaler/globaler Basis höchst flexibel agieren können.

Gießereindustrie



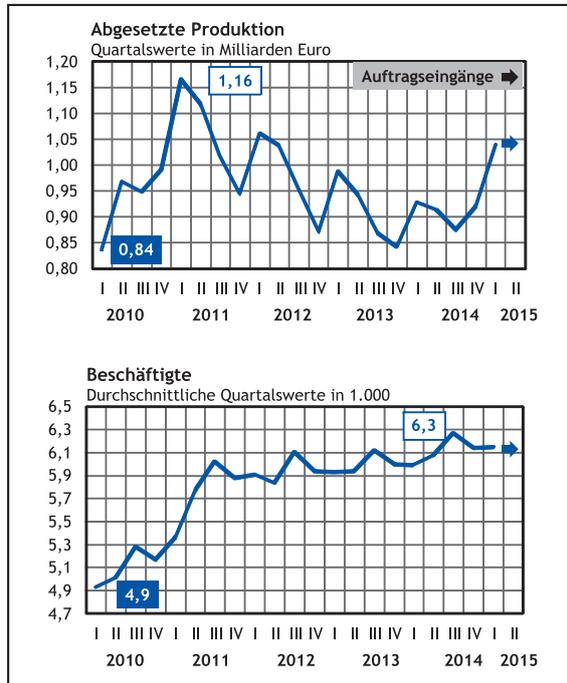
Die Zulieferbetriebe in die **Automobilindustrie** - vor allem jene, die in das Premiumsegment liefern - weisen weiterhin einen sehr guten Auftragseingang und eine hohe Auslastung auf.

In den Bereichen des **Maschinenbaus** liegen der Auftragseingang und die Produktion auf dem eher schlechten Vorjahresniveau. Aufgrund der langen Anlaufzeit bei Projekten werden sich positive Tendenzen erst nächstes Jahr auch entsprechend auswirken.

Grundsätzlich kann für die gesamte Branche von einer positiven Seitwärtsbewegung - bei deutlicher positiven Impulsen im Bereich der Automobilindustrie - gesprochen werden, was sich deckungsgleich auch auf die **Beschäftigten**zahlen umlegen lässt.

Die **Investitionstätigkeit** ist eher positiv zu beurteilen. Speziell durch das Anlaufen neuer Produktionsserien im Automobilbereich kommt es zu einer Zunahme an Investitionen.

NE-Metallindustrie



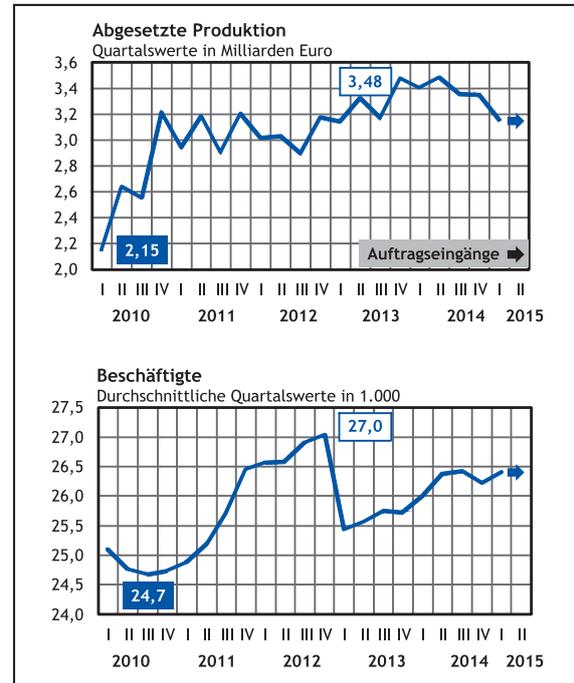
Im zweiten Quartal 2015 setzen sich die im Vorquartal registrierten Anzeichen eines leichten Konjunkturaufschwungs nicht fort. Zwar verlaufen die an der LME (London Metal Exchange) notierten Rohstoffpreise in letzter Zeit leicht steigend, die Marktpreise auf dem heimischen Markt und den europäischen Märkten sind auf Grund des Konkurrenzdrucks jedoch weiterhin leicht rückläufig. Die Zahl der Beschäftigten ist praktisch unverändert. Investitionen werden auf das Notwendigste beschränkt.

Die **Aluminiumindustrie** verzeichnet im zweiten Quartal bei Walzwaren leichte Steigerungen. Bei stranggepressten Produkten ist der Auftragseingang rückläufig, die Produktion wird jedoch voraussichtlich das Niveau des Vorjahresquartals erreichen. Positive Impulse kommen aus der Automobilindustrie und der Luftfahrtindustrie. Die übrigen Sektoren - und hier insbesondere der Energiebereich - bleiben jedoch deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Auch die österreichische **Kupferindustrie** kämpft mit den angespannten Marktbedingungen. Die Produktion von Kupferformaten aus Kupferkathoden erreicht etwa das Niveau des Vorjahresquartals. Bei Kupferhalbfabrikaten (copper semis) sind der Auftragseingang und die Produktion leicht rückläufig: Weiterhin fehlen die Aufträge aus der Bauindustrie.

Bei Erzeugnissen aus **Wolfram** ist die Auftragslage unverändert, die Produktion jedoch liegt etwas unter dem Niveau des Vorjahresquartals. Auch bei Wolfram zeigt die Preisentwicklung eine leicht fallende Tendenz.

Fahrzeugindustrie

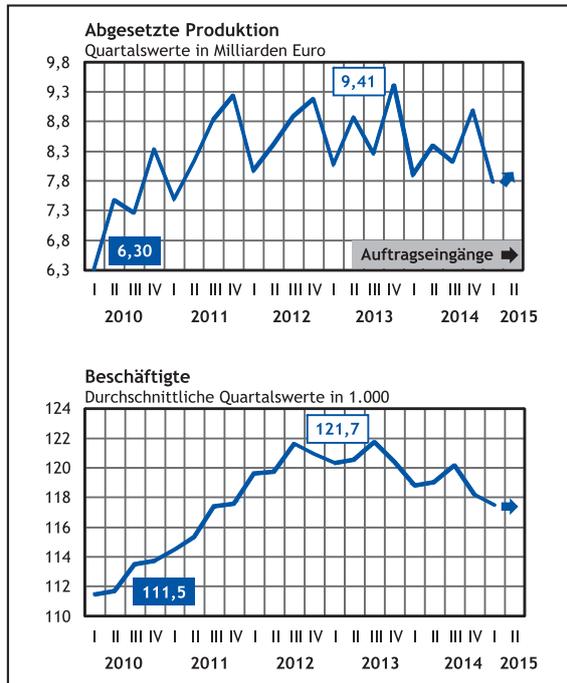


Die in der Fahrzeugindustrie tätigen Unternehmen erwarten hinsichtlich **Produktionsvolumen** im zweiten Quartal 2015 ein leichtes Wachstum (+ 0,4 %). Bei der Beschäftigtenzahl sind in Summe keine Veränderungen vorgesehen. Von massiven Produktionsrückgängen betroffen sind zurzeit die Herstellung landwirtschaftlicher Fahrzeuge sowie die Herstellung von Nutzfahrzeugen (bedingt durch Vorziehkäufe im Jahr 2014). Zur Überbrückung der schwachen Auftragslage wurde in den betroffenen Segmenten von einzelnen Unternehmen eine zeitlich begrenzte Kurzarbeit eingeführt. Aus den Sektoren Anhängerbau und Herstellung von Motoren werden hingegen Produktionszuwächse gemeldet.

Als primäre Produktionsbehinderung melden Unternehmen (laut WIFO Konjunkturtest) seit mehr als einem Jahr eine unzureichende Nachfrage. Zusätzlich sind bei der **Auftragslage** immer häufiger kurzfristige Veränderungen zu beobachten - bedingt durch Stornierung/Reduzierung/Auftragserhöhung (Anpassung an die konjunkturelle Lage). Die instabile Auftragsituation erschwert eine langfristige Planbarkeit, erfordert ein immer höheres Maß an Flexibilität (Logistik, Produktion, Beschäftigte) und hat Auswirkungen auf die **Kostensituation**.

Die zu erwartende Produktionsvolumenentwicklung für das Jahr 2015 schätzen die Unternehmen mehrheitlich positiver (in Summe + 2,3 %) ein als die aktuelle Situation. Daraus resultiert auch eine leicht positive Tendenz beim **Investitionsvolumen** (+ 0,4 %).

Maschinen & Metallwaren

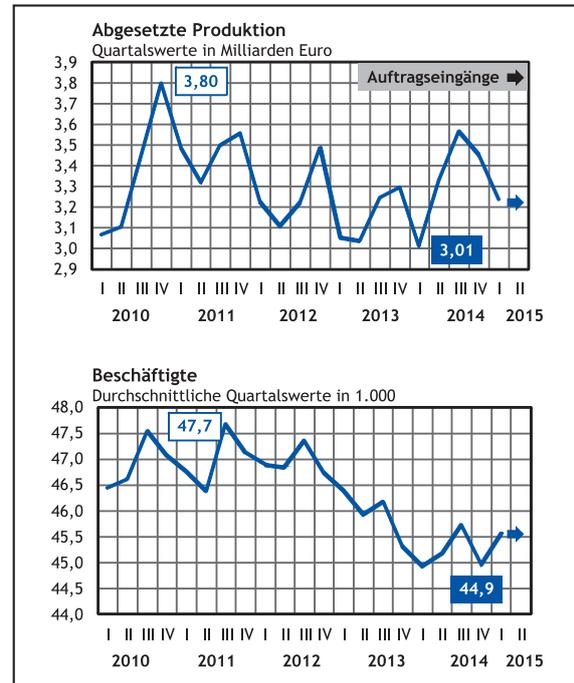


Nach zwei äußerst durchwachsenen Quartalen ist im zweiten Quartal 2015 ein zarter Aufschwung zu beobachten, die Unternehmen berichten von steigender **Produktion**. Die Aussichten waren bereits im ersten Quartal 2015 positiv, nun gehen sie laut Konjunkturtest wieder etwas zurück. Folglich ist in den Monaten ab Juni keine Fortsetzung des Aufwärtstrends zu erwarten. Die **Auftragseingänge** sind nach wie vor nicht zufriedenstellend und erlauben keinen allzu großen Optimismus. Auf der anderen Seite ist die Tendenz seit Jahresbeginn leicht steigend.

Im metallnahen Bereich ist die Stimmung momentan deutlich schlechter als im Maschinenbau. Die Metallpreise befinden sich nach wie vor in einem leichten Abwärtstrend, zurückgehende Metallnachfrage auf den internationalen Märkten könnte diesen Trend noch verstärken.

Die **Beschäftigten**lage beginnt sich zu stabilisieren, nach leichten Rückgängen in den letzten Quartalen. Ein permanentes Sorgenkind sind die **Investitionen**, die in Österreich nach wie vor bei weitem nicht das Vorkrisenniveau erreicht haben. Es fehlt das Vertrauen der Unternehmen in die langfristige Entwicklung und damit fehlt die Basis für einen anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung

Elektro- und Elektronikindustrie



Durch die verhaltene Konjunkturentwicklung der Weltwirtschaft und die noch schwächere Wirtschaftsentwicklung im EU-Raum wurde auch die Konjunkturentwicklung der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie im ersten Halbjahr 2015 geprägt. Die **Produktion** ist im ersten Semester 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum kaum gewachsen, die Produktionsentwicklung im zweiten Quartal 2015 ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Diese schwache Entwicklung von Produktion und **Auftragslage** war im ersten Halbjahr 2015 in den meisten Sparten der Elektro- und Elektronikindustrie zu beobachten.

Der Lage am Inlandsmarkt hat sich etwas gebessert, die Nachfrage ist jedoch weiterhin verhalten und liegt unter den Erwartungen. Etwas positiver ist die Entwicklung bei der **Exportnachfrage**: Diese ist im zweiten Quartal 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum zwar nur geringfügig gestiegen, das Exportvolumen von Elektrotechnik- und Elektronikprodukten lag aber im ersten Halbjahr 2015 auf hohem Niveau.

Die Kapazitätsauslastung in den Firmen ist hoch, die Anzahl der in der Elektro- und Elektronikindustrie **Beschäftigten** zeigt gegenüber dem Vorjahreszeitraum kaum Veränderungen. Das von den Firmen der Elektro- und Elektronikindustrie eingesetzte Fremdpersonal war im ersten Halbjahr 2015 höher als im Vorjahreszeitraum. Angesichts der schwachen Konjunkturentwicklung im ersten Halbjahr 2015 hofft die österreichische Elektro- und Elektronikindustrie auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung im zweiten Halbjahr 2015.

Fragen wir Google! Nowcasting mit Internet-Suchstatistiken

Mit dem Dienst Google Trends bietet Google ein umfangreiches Tool, das detaillierte Einblicke in das Suchverhalten seiner Nutzer ermöglicht. Es hilft dabei, einige zentrale Fragen zu beantworten: Was interessiert die Menschen und wonach suchen sie? Welche Trends sind zu beobachten? Wie verlaufen diese? Treten regionale Unterschiede auf und welche Signale sind im Suchaufkommen zu erkennen?

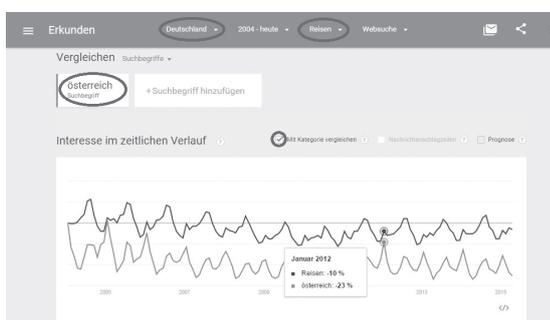
Wer Antworten auf diese Fragen sucht, greift am besten auf einen neuen Leitfaden von Matthias Schmidl zurück. Der Autor zeigt Schritt-für-Schritt wie Google Trends in unterschiedlichen Bereichen gewinnbringend eingesetzt werden kann. Anhand praktischer Beispiele werden vielfältige Eingabe- und Anwendungsmöglichkeiten näher gebracht. Unter anderem werden Beispiele aus folgenden Branchen gezeigt:

- Arbeitsmarkt
- Tourismus
- Handel
- Marktforschung
- Unterhaltung und Information

Die praxisnahe Publikation legt außerdem dar, wie Google Trends-Daten in ökonometrischen Modellen zur Bestimmung der Wirtschaftsentwicklung eingesetzt werden können. Dadurch kann empirisch überprüft werden, ob diese erweiterten Modelle eine höhere Prognosegenauigkeit als vergleichbare Benchmark-Modelle liefern.

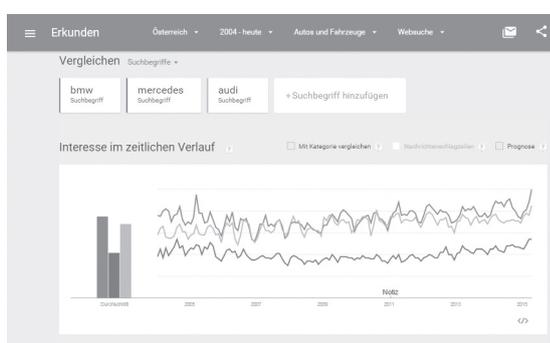
Über den Autor:

MMag. Matthias Schmidl, Bakk., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Industriewissenschaftlichen Institut (IWI) in Wien und spezialisierte sich bereits während seines Studiums der Statistik und Volkswirtschaftslehre auf moderne Anwendungen von Internettechnologien in der Wirtschaft. „Fragen wir Google! Nowcasting mit Internet-Suchstatistiken“ (Format 17 x 24 cm, ISBN 978-3-99031-023-6) erscheint im September 2015 im Verlag omninum. Unverbindliche Vorbestellungen richten Sie bitte an den Verlag: sales@omninum.com



Quelle: Google Trends

Step-by-Step Anleitungen



Quelle: Google Trends

Praxisnahe Anwendungen: Beispiel zur Marktbeobachtung in der Automobilbranche

